

# Südböher Volksbote

Organ für die Interessen der weinungen Bevölkerung

Der „Südböher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telephon Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Poststelle oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., sonstige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 191.

Freitag, den 16. August 1918.

25. Jahrg.

## Ein Weg zum Frieden.

Der schwere Ansturm im Westen kann als abgeschlagen gelten. Nachdem Franzosen und Engländer den Erfolg des ersten Ansturms an Geländegewinn, Beute und Gefangenen eingestrichen haben, ist es ihnen gegangen wie bei allen anderen Offensiven — an der Mauer der Verteidiger hat sich der Anprall gebrochen. Ein Durchbruch ist ihnen so wenig gelungen als uns — die Heere liegen wieder einander gegenüber. Die militärische Aktion hat auch diesmal eine Entscheidung nicht gebracht.

Die Dinge stehen wie zuvor. Drei Monate lang Jubel in Deutschland, weil der Anschein für die Niedererschlagung der Gegner im Westen bestand, jetzt Jubel in Frankreich und England, weil sie die gleiche Hoffnung hegen oder hegen. In Wirklichkeit ist nichts Wesentliches geändert, die Fronten haben hin und her geschwankt, die Entscheidung ist keinen Schritt näher gerückt — aber beide Gegner haben neue unerhörte Mutopfer gebracht, Tausende an Toten, Zehntausende an Verletzten geopfert.

Die Erkenntnis dieser Tatsache gäbe den geeigneten Augenblick, die Entscheidung, die militärisch doch nicht allein gefunden werden kann, auf dem Wege der Verhandlungen zu suchen und die Bestimmtheit, mit der in den letzten Tagen neutrale Vermittlungsversuche aus Schweden und Holland in der deutschen Presse besprochen wurden, spricht dafür, daß man solchen Verständigungsversuchen nach den Erfahrungen der letzten Wochen nicht mehr so abweisend gegenübersteht als früher. Würden doch sogar Gerüchte über österreichische Anknüpfungsversuche bei Amerika kolportiert. Aber auch die Neutralen selbst haben ein erhebliches Interesse an solchen Verhandlungen und einem baldigen Kriegesabschluß. Ihre Verpflichtung zur Vermittlung beipricht Dr. Mohr-Lönnberg in einem Aufsatz der „Neuen Züricher Zeitung“ mit durchschlagenden Argumenten:

Wir Neutralen nehmen in diesem langwierigen und endlosen Weltkrieg eine armenige Standpunkt ein. Wir schauen dem traurigen Schauspiel zu, in dem wir, wenn auch nur als Statisten, zum Mitspielen gezwungen sind, und rühren keinen Finger, um das Verhängnis abzuhalten, und uns des Unglücks zu erwehren. Es ist nie ein erhebendes Schauspiel, weder im Leben eines einzelnen, noch im Leben eines ganzen Volkes, wenn sich der Gepeinigete nicht wehrt, wenn ein Unterdrückter ruhig in einer Lage verharrt, die zum Untergang führt. Es ist aber auch eine Annäherung der Kriegführenden, wenn sie glauben und sagen, nur sie hätten über den Frieden zu entscheiden und bei den Friedensverhandlungen zu beraten. Die Neutralen haben ebenso gelitten durch den Krieg, wenn sie auch nicht den traurigen Blutzoll zahlen mußten. Wir sind auch Interessenten bei dieser großen Gläubigerversammlung in dem gewaltigen Zusammenbruch, den die Welt je gesehen hat. Wir dürfen auch dabei sein und mitberaten, wie die Liquidation zu erfolgen hat und die Lage zu sanieren ist. Von diesem Standpunkt aus möchten wir nur wünschen, daß die Neutralen den Weg betreten, der vielleicht einem noch mehrjährigen Kriege vorbeugen kann. Die Kriegsländer glauben, mit der Waffe in der Hand den Frieden herbeiführen zu können. Das ist eine Selbsttäuschung. Wir Neutralen aber stehen da wie die Schafe und erwarten ruhig und ohne Widerstand den Todesstoß, indem wir uns Hoffnungen hingeben, die eine so gar geringe Wahrscheinlichkeit haben. Zu den Neutralen zählen wir die Schweiz, Spanien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen und Rußland, wenigstens denjenigen Teil von Rußland, der noch nicht von den Deutschen besetzt ist.

Das wird man nicht bestreiten können, daß diese Neutralen zusammen doch eine gewisse Macht repräsentieren, und wenn man sieht, mit welchen ungeheuren Mitteln die beiden Kriegsparteien trachten, die Seele der Neutralen zu gewinnen, so muß man sich sagen, sie verscherzen sich nicht gern die Sympathien der Neutralen. Die Neutralen sind eine Macht. Wenn man selbst nur den moralischen Wert dieser Macht anerkennen wollte, so wäre das schon sehr viel, abgesehen von den vier bis fünf Millionen Soldaten, die sie schließlich aufbringen könnten und die am Ende keine Kriegspartei auf gegnerischer Seite sehen möchte und ertragen könnte. Da wäre nun der Hebel anzusetzen: die Neutralen müßten in breiter Öffentlichkeit, mit dem Ernst, den die Lage erfordert, und mit allem Nachdruck, den das Unglück, das man ungerecht leidet, gibt, die Frage des europäischen Friedens studieren, untersuchen und dann mit einer einmütigen, energischen Note an die Kriegführenden gelangen. Man müßte aber wagen, die Wahrheit zu sagen: Wir haben euer Elend untersucht und haben gefunden, so und so kann Friede gemacht werden. Wir bitten euch — das große Elend, das uns bedroht, gibt uns das Recht zu dieser Bitte — auf dieser und dieser Grundlage Frieden zu machen. Diejenige Kriegspartei, die unseren Vorschlag von sich weist, und ihn nicht diskutiert, die ist nicht mehr unser Freund, und wir werden alle unsere Sympathien der anderen Partei zuwenden. Wir können eure Mißstimmung und euren Zorn, sofern ihr unseren Friedensvorschlag nicht versteht und übel aufsaßt, ruhig ertragen, angesichts der großen Wunden, die auch in unseren Ländern der Krieg schlägt, und angesichts der Tatsache, daß alle eure Sympathien uns nicht vor dem Ruin retten. Wir können und wollen nicht noch jahrelang warten und widerstandslos den Abgrund gleiten

Dieser Friedensschritt darf aber nicht nur behutsame Führer austreten, darf nicht in schwächlichen Worten vom Frieden lassen, sondern muß klipp und klar die Verhältnisse untersuchen und trachten, auf Grund des Status quo ante in liberalem, demokratischem Sinne eine Lösung zu finden. Wahrscheinlich wird man der Schuldfrage nicht aus dem Wege gehen können; das sind aber alles Dinge welche der Beurteilung diplomatisch geschulter, erfahrener Staatsbürger überlassen werden sollen. Wir glauben nicht, daß diese Friedensoffensive der Neutralen als eine Kriegserklärung aufgefaßt werden wird, es wird aber auch keiner der Kriegführenden wünschen, daß alle diese Neutralen in den Krieg auf einer Seite eintreten; aber das wird man zugeben, daß eine derartige offene, kühne Aussprache Wunder wirken könnte und daß sie ein moralisches Gewicht an sich hat, das viele Schlagwörter, die in diesem Kriege gefallen sind und große Völkermassen blenden, erdrücken wird.

Wir wären ein schwächliches, erbärmliches Geschlecht, wenn wir nicht wägen, im Verein mit den Neutralen aller Länder ein offenes und, wenn es sein muß, ein hartes, verurteilendes Wort zu sprechen. Welcher Staatsmann in den neutralen Ländern wagt sein Ansehen aufs Spiel zu setzen, seine ganze Persönlichkeit in die Waagschale zu werfen, um eine derartige Aktion in die Wege zu leiten, und welches Parlament der neutralen Länder in Europa wagt diesem Staatsmanne Heerfolge zu leisten? Wir glauben an den Erfolg einer derartigen Aktion, weil sie einen mächtigen Resonanzboden hat und weil gleichsam das Gewissen der friedlichen Welt aus diesem wohl begründeten Friedensantrag sprechen würde. Wer weiß, ob man nicht sofort die Völker in den Kriegsländern für sich gewinnen könnte, um in kurzer Zeit auch die Kapitulation derjenigen Gruppen zu erleben, die jetzt noch die willensschwachen Völker beherrschen. Frieden ist ein mächtiges Wort, sprechen wir es aus, wir Neutralen, eingebend der Mahnung, im Anfang war das Wort, dann aber folgte die Tat. Von den sterilen Ministerreden, von den mit Trug inszenierten Diplomatenaktionen, von den gefeierten Tagesgroßen des Krieges und von den dröhnenden Heldentaten haben wir nachgerade genug. Möge uns ein Mann mit einem geraden Sinn und einem starken Herzen ersehen, der Bonaparte des Friedens.

Der Mailänder „Secolo“ bringt eine Rotterdammer Meldung, wonach die angeklündigte Friedensermittlung der neutralen Staaten anlässlich des fünften Jahrestages des Krieges beginnt auf besonderes Verlangen der Weltmächte unterblieben sei. Möglich, daß er recht hat, denn damals schwebten die Weltmächte in den großen Hoffnungen auf den Durchbruch der deutschen Front. Aber die sind auch diesmal wieder enttäuscht worden. Der Weg für Verhandlungen ist frei!

## Die Ostfragen.

Die durch die Kaiserbegegnung geweckte lebhafteste Diskussion über die Ostfragen dauert an. Die „Bosnische Ztg.“ meldet, daß sich der Vertreter der Sowjet-Republik, Toffe, bereits wieder auf der Heimreise befindet, und glaubt, daß die Räteregierung die neulich abgeschlossenen Vereinbarungen mit Deutschland günstig aufgenommen hat, und daß die Beratungen im Hauptquartier die Annahme der Zusatzverträge zum Brest-Litwinski-Friedensvertrage durch Rußland als feststehende Tatsache behandeln konnten.

Allgemein wird die Wichtigkeit der Grenzregulierung für das neue Königreich Polen hervorgehoben. Die Polen wollen an der jetzigen deutsch-polnischen Grenze nicht rütteln lassen, verlangen freie Verkehrsverhältnisse und Danzig als Freihafen, fordern Festsetzung der Grenze gegen Litauen auf Grund des ethnographischen Prinzips und wünschen eine unmittelbare Grenze gegen Rußland, weil sie sich im Nordosten vom Baltikum, im Südosten von der Ukraine umfassen lassen wollen. Dagegen sind die Aktivisten bereit, Konventionen über die Zoll-, Militär- und Verkehrspolitik mit den Mittelmächten zu schließen. In der inneren Verwaltung Polens wird weitgehende Selbständigkeit, besonders in den Finanzen verlangt, deren Verwaltung heute in den Händen der Mittelmächte liegt, und von deren Ertrag den polnischen Ministerien nur eine bestimmte Quote zukommt. Selbstverständlich soll auch die für den inneren Verkehr störende Trennung in das deutsche und österreichisch-ungarische Verwaltungsgebiet ein Ende finden. Den formellsten Ausdruck soll die Selbständigkeit des jungen Staates in der Bildung eines polnischen Heeres finden.

Schließlich sei noch erwähnt, daß die „Deutsche Zeitung“ die einzige den deutschen Interessen entsprechende Lösung der litauischen Frage darin sieht, daß Litauen (wie das Baltikum) mit dem größten deutschen Bundesstaat in eine engere staatsrechtliche Verbindung tritt.

### Die Beratungen im Großen Hauptquartier.

Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ wissen will, stand bei den Beratungen die polnische Frage an erster Stelle und das Blatt knüpft daran die Bemerkung:

„Wenn wir auch nicht glauben, daß es sich hierbei um die sogenannte austropolnische Lösung, also Personalunion zwischen der Donaumonarchie und Polen bei gleichzeitiger Einverleibung Galiziens in das neue Königreich handeln wird, so kann doch angenommen werden, daß die Lösung des

polnischen Problems in einer Form geschehen wird, die auch die Zustimmung unseres österreichisch-ungarischen Bundesgenossen gefunden hat. Und das wäre die Wahl eines österreichischen Erzherzogs, vermutlich von Carl Stefan, zum König von Polen, einer Wahl, der von Berlin und Wien voraussichtlich keine Schwierigkeiten bereitet würden. Wie verlautet, soll man sich auch in Warschau mit dieser Lösung einverstanden erklärt haben.“

Wie verlautet, will Staatssekretär Hinko die Parteiführer von dem Ergebnis der Verhandlungen verständigen. Bei dieser Gelegenheit soll denn auch entschieden werden, ob der Hauptausschuß zusammentreten wird.

Wir halten den Zusammentritt des Hauptausschusses für dringend notwendig. Dort muß noch einmal ganz entschieden gegen die von der Regierung geplante Regelung der Ostfragen, die im gegenwärtigen Moment nach unserer Ansicht nicht im Interesse Deutschlands liegt, protestiert werden. Hoffentlich ist es nicht schon zu spät, indem man den Hauptausschuß wieder einmal, wie schon so oft, vor fertige Tatsachen stellt.

## Was der Krieg bringt.

Deutscher Abendbericht.

W.B. Berlin, 15. August, abends (Amtlich.) Vor der Kampffront nichts Neues.

### Die gegnerischen Berichte.

Englischer Bericht vom 14. August nachmittags. Deutsche feindliche Angriffe im Dillebusch-Abchnitt wurden zurückgewiesen. Im Abschnitt Vieux-Berquin setzten unsere Patrouillen ihre Vorstöße fort, es gelang ihnen, unsere Linie ostwärts des Dorfes vorzuschieben. Unsere Linie wurde leicht ostwärts von Materen vorverlegt.

Französischer Bericht vom 14. August, nachmittags: Zwischen Aves und Dife war die Tätigkeit der Artillerie auf beiden Seiten lebhaft, besonders im Abschnitt Rognes-sur-Matz und Conchy les Pots. An der Westfront waren Handstreich der Deutschen ohne Ergebnis. Französischer Einbruch in die deutsche Linien in der Gegend von Vesnil und les Hurlus, es gab Gejangene. Sonst war die Nacht ruhig.

Französischer Bericht vom 14. August, abends. Im Laufe des Tages setzten unsere Truppen ihre Fortschritte zwischen Matz und Dife fort und nahmen Ribecourt ein. Westlich von Delvad gelang es unseren Infanterie-Einheiten, welche die Vorbereitung eines deutschen Gegenangriffs entdeckten, Gejangene zu machen, sieben Offiziere, darunter zwei Bataillonsführer und eine gewisse Anzahl Mannschaften. In den Gegend von Rognes und Cassigny wird der Artilleriekampf sehr lebhaft fortgesetzt.

### Ueber den Fliegerangriff auf Frankfurt a. M.

meldet der englische Flugdienst: Eins unserer Geschwader griff erfolgreich die Flugwerkstätte und chemische Fabrik von Frankfurt an. Explosionsen im Mittelpunkt der Ziele wurden beobachtet. Das Geschwader wurde von einer großen Anzahl deutscher Kampfflugzeuge angegriffen und vernichtete deren zwei. Der Kampf setzte sich auf einer Strecke von 30 Meilen fort. Alle unsere Flugzeuge sind zurückgekehrt. Ein anderes englisches Geschwader griff den Flugplatz von Hagenu an. Es wurde beim Ueberfliegen der Linien von einer großen Anzahl Jagdflugzeuge angegriffen, von denen es vier zerstörte und eins mit Havarie zur Landung nötigte. Seinerseits küßte das Geschwader zwei Apparate ein. Es setzte seinen Flug fort, bombardierte das Ziel und erzielte bei einem Flugzeugwerk einen Treffer. Eine andere Bombe zerstörte vier auf der Erde befindliche Flugzeuge.

Demgegenüber stellt die „Frankf. Ztg.“ fest, daß weder eine Flugzeugwerkstätte, noch eine chemische Fabrik in Frankfurt vorhanden sei, also auch gar nicht getroffen sein können. Auch der Abbruch von 5 Flugzeugen bei Hagenu ist nach demselben Blatt aus der Luft gegriffen.

### Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 15. August. (Amtlich.)

Wie in den letzten Unternehmungen an der venetianischen Gebirgsfront, so führten auch die Angriffe gegen den Tonale für den Feind zu einem vollen Mißerfolg. Die nördlich der Pass-Strasse vorgehenden italienischen Kolonnen brauchen schon in unserer Abwehrfeuer unter den schwersten Verlusten zusammen. Südlich der Strasse gelang es dem Feinde nach mehreren vergeblichen Versuchen einen Stützpunkt auf dem Monte Cello zu gewinnen, der ihm aber von Süd-Steirern des 26. Schützenregiments sehr bald wieder entzogen wurde. Auch die in den Einleitungskämpfen ausgegebenen Hochgebirgsposten sind zum großen Teil wieder von uns besetzt. Der Feind ist in den wichtigsten Abschnitten über seine Gräben zurückgewichen. Unsere Flieger verfolgten ihn mit Maschinengewehren. In Albanien errangen östlich des Devoti-Tales unsere braven Truppen neuerlich Vorteile.

### Umwandlung Oesterreichs in eine Konföderation?

Eine recht eigenartige und vorläufig mit einem großen Fragezeichen zu versehenen Meldung kommt aus Wien:

Das Organ der tschechischen Kerikalen, der „Ceska“, will aus informierter Quelle erfahren haben, daß Freiherr von Huszar gestützt auf das Vertrauen der Krone und im Einvernehmen mit den Vertrauensmännern der Rechten des Herrenhauses und hervorragender Persönlichkeiten aller Nationen eine Umwandlung

Der Inhalt der deutsch-russischen Verhandlungen.

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Total-Anzeigers“ hat der bekannte nationalliberale Führer Dr. Stresemann einige Mitteilungen über den Inhalt der neuen deutsch-russischen Vereinbarungen gemacht, die bisher als Staatsgeheimnis gehütet wurden. Danach soll die künftige Stellung Dänemarks und Estlands, sowie das Verhältnis Deutschlands zu dem neu entstandenen Staat Georgien geregelt und eine Demarkationslinie für unsere im südlichen Rußland gegen Freischärler operierenden Truppen gezogen sein. Stresemann hält die Räteregierung für die für Deutschland beste Regierung. Miljukow sei ein Offizier ohne Namen und stelle überdies für seine Annäherung an Deutschland weitergehende Bedingungen, als die Bolschewisten. Stresemann hält es für möglich, daß Deutschland mit den Bolschewisten gut Freund bleibe und doch mit anderen Klassen in der Ukraine und in Georgien Hand in Hand gehe.

Ein Berliner Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ legt besonderen Nachdruck auf die praktische Durchführung der getroffenen Vereinbarungen: „Die Moskauer Regierung wird zu entscheiden haben, ob sie die Abmachungen ihrer Delegation billigen will und kann. Das Können spielt im gegenwärtigen Moment eine ganz besondere Rolle. Gerade die wirtschaftlichen und finanziellen Abmachungen bekommen nur Form und Inhalt, wenn in Rußland eine Regierung vorhanden ist, die die Macht besitzt, die geschriebenen Verträge auch praktisch werden zu lassen.“

Ein glaubhaftes Dementi.

Die Mitteilung einer schwedischen Telegraphenagentur, daß Deutschland die Aufhebung der Streichholzsteuer beabsichtige, um damit die deutsche Produktion zu erhöhen und die Einfuhr aus Schweden zu unterbinden, wird in aller Form dementiert. Dieses Dementi hat den Vorzug, unbedingt glaubhaft zu sein; in Deutschland hat jedenfalls kein Mensch der Regierung zugetraut, daß sie daran denken könnte, die so ungeheuer drückende Streichholzsteuer aufzuheben.

Allgemeines Grauen vor der Königsmache.

Die „Deutsche Tageszeitung“ streift sich in langen Darlegungen gegen den „Vorwärts“ darüber herum, wie die deutsche Opposition am besten angefaßt werden soll. Daß Graf Reventlow und der „Vorwärts“ sich darüber einigen werden, ist nicht anzunehmen, und die Gründe beider Seiten sind oft genug dargelegt worden.

Über bei der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit ist es um so bemerkenswerter, daß es auch dem Grafen Reventlow vor der Königsmache in Polen und Litauen graut. Er würde einen Versuch, die Differenzen jetzt definitiv zu lösen, nur dann billigen können, wenn die allgemeine Lage solche Entschlüsse notwendig machte. Wäre das nicht der Fall, so würden wir jedenfalls in manchen dieser Fragen noch für Fortdauer provisorischer Zustände sein.

Wer hat nun eigentlich solche Haß mit dem Zimmern der zerbrechlichen Königskrone? Das deutsche Volk von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken jedenfalls nicht!

Eine Kundgebung für den Verständigungsfrieden.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland, dem fast fünf Millionen Männer und Frauen teils als Einzelpersonen, teils durch Vereine und Organisationen angeschlossen sind, veröffentlicht eine Kundgebung, in der es u. a. heißt:

„Die Waffen müssen sprechen, weil die Feinde es wollen. Aber im festen Vertrauen auf die Kraft unserer Fronten und die Standhaftigkeit der Heimat sprechen wir es gerade angesichts des Vernichtungswillens unserer Feinde aus, daß das deutsche Volk für dessen übergroße Mehrheit der Volksbund für Freiheit und Vaterland Wortführer ist, das Ziel dieser Verteidigungskämpfe in einem Frieden in Ehren für alle sieht, in einem Frieden der Verständigung, ohne gewalttätige Annexionen und erzwungene Kontributionen, in einem Frieden, der die Unverletzlichkeit unseres Vaterlandes und die Entwicklungsfreiheit unseres Volkes ebenso sichert, wie er auch unseren Feinden die gleichen Güter gewährleistet. Der auf Recht und Gerechtigkeit begründete Völkerverbund, die allgemeine Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit, der freie Austausch von Gütern im Handel und Verkehr, die Wiederherstellung der Kulturgemeinschaft aller Völker sind hohe Ziele, die dem deutschen Volke heilig sind. Mögen die Regierungen und Völker unserer Feinde diese unerfälschte Stimme des deutschen Volkes hören! Mögen auch die neutralen Länder sie beachten! Noch einmal, dies ist die wahre, echte Stimme des deutschen Volkes, das, zum Kampfe entschlossen, solange die Not es zwingt, jede Kriegshetze verabscheut und den Krieg nicht einen Tag länger fortzuführen gewillt ist, als nötig ist, um einen gerechten, dauernden Frieden für alle zu sichern.“

Des weiteren wendet sich der Volksbund „gegen die inneren Feinde unseres Volkes, die ihm die Freiheit seiner politischen Entwicklung verkümmern, seinen wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg hemmen, seine geschlossene Kraft zerstören wollen. Wer heute große Parteien und breite Massen, die dem Vaterlande im Kampfe und Dulden ihr Dasein weihen, befehde, ihre Gesinnung verdächtige, ihnen verleumdende Anwürfe zuschleudere, feierlich zugesagte Rechte verweigere und damit Reime der Zwietracht und der Erbitterung säe — der verflüchtige sich am Vaterlande, schwäche die Nation und werde zum Handlanger der äußeren Feinde.“

Kriegsbeschädigtenfragen.

Anschluß an den Reichsbund.

Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Bundes Deutscher Kriegsbeschädigter, sich Hamburg, hat in ihrer Versammlung vom 4. August 1918 ihre Auflösung beschlossen und dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer das Mitgliederverzeichnis zwecks Aufnahme der Mitglieder in den Reichsbund zur Verfügung gestellt. Die Berliner Mitglieder des Hamburger Bundes haben dann zum Ausdruck gebracht, daß sie auf dem Boden der Einigungsbeschlüsse in Weimar stehen und die Zerpfitterungstätigkeit ihrer Bundesleitung in Hamburg nicht billigen.

Wirtschaftliches.

Die Fabrikation künstlichen Gummis.

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet über die Möglichkeit der Gummifabrikation auf künstlicher Grundlage im Inlande. Die Diskussion über den synthetischen Kautschuk wurde angeregt durch eine Meldung, wonach die Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co. in Leverkusen umfangreiche Anlagen für künstlichen Kautschuk herstellen. Ueber dieses Problem hat die zuständige Stelle, Geheimrat Duisburg, bei Entgegennahme der ihm vorliegenden Burschenmedaille im Frühjahr Aufschluß gegeben. Danach war technisch das Problem schon im Frieden gelöst worden; man hatte aber die bereits aufgenommene Herstellung wieder einstellen müssen, als der Preis für

auf dänischem Gebiet zu schaffen. Der Schritt sei für die französische Stimmung dem neutralen Staaten gegenüber bezeichnend. Der Admiral verlangt eine solche Behandlung der Neutralen, daß sie gewillt werden, den Alliierten einige Stützpunkte zu überlassen. Dies soll durch „diplomatische Strategie“ erzielt werden. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, daß die Vereinigten Staaten den Neutralen gegenüber über Zwangsmittel verfügen.

Malou über seine baldige Rückkehr nach Paris.

Nach Meldungen französischer Blätter erklärte Malou in San Sebastian seinen dort weilenden Freunden, daß er über die innerfranzösischen Verhältnisse sich im Auslande nicht äußern wolle. Nur so viel könne er sagen, daß er in wenigen Monaten wieder in Paris sein werde. Die Herrschaft der Rechtlosigkeit, der Verantwortungslosigkeit und der Brutalität sei unerträglich viel schlimmer, als es den Tatsachen habe. Die Einwanderer jener Mächte, die es sich zur Aufgabe machten, den Pazifisten den einzelnen Völkern zu schüren, um eine gegenwärtige Verständigung zu hintertreiben, seien geächtet. Wenn er Paris wiedersehen werde, werde es ein glückliches Paris sein, daß dem Frieden näher stehe wie jezt. — Wir wollen wünschen, daß Malou Recht behält.

Hendersons Botschaft.

Sämtliche Parteiführer und sonstige leitende Persönlichkeiten des Britischen Reiches feierten am 4. August 1918 durch Reden in Versammlungen oder durch die Veröffentlichung ihrer Gedanken den Eintritt ins fünfte Kriegsjahr. Von den Arbeiterführern äußerten sich der Arbeitsminister Georg S. Roberts und der Führer der Arbeiterpartei, Arthur Henderson. Die Rede des ersteren steht auf einem viel zu tiefen Niveau, um von ihr Notiz zu nehmen. Es dürfte genügen zu vermerken, daß er das deutsche Volk „the most bestial race“ (die tierischste Rasse) genannt hat („Times“, 6. August, Seite 5). Anders lautet die Botschaft Hendersons:

„Wir treten ins fünfte Kriegsjahr ein mit einem Gefühl der Demütigung, daß die Zivilisation des 20. Jahrhunderts machtlos ist, Mittel zu finden für die Beendigung des Krieges auf Grundlage des Weltfriedens. Angesichts der entsetzlichen Verluste an Blut und Gut ist es kein Zweifel, daß beide kriegsführenden Parteien den Frieden wünschen. Das geht auch aus den wiederholten Andeutungen der Staatsmänner der beteiligten Länder hervor. Soffen wir, daß die Geschichtsschreiber, die später den Lauf dieses Krieges unterziehen, nicht finden werden, daß wir dem Frieden schon mehr als einmal nahe waren, aber ihn aus Mangel an Mut, Klarheit und Deutlichkeit fahren ließen. Trotz der Fehler unserer Diplomatie darf man sagen, daß das britische Volk, einschließlich der organisierten Arbeiterklasse, auch fernerhin fest entschlossen ist, daß der Krieg in einen Sieg für die große und ruhmreiche Sache enden soll, — für die Sicherung der Zukunft, für die ungestörte Entwicklung des nationalen und internationalen Lebens auf Grundlage der Freiheit, des sozialen Fortschritts und der wahren Demokratie.“

Die britische Arbeiterklasse wird nie die Rechte der Menschheit preisgeben, um die selbstthätigen Wünsche des deutschen Imperialismus zu befriedigen, aber es liegt ihr sehr viel daran („but is anxious“), die Mitwirkung der deutschen Sozialdemokratie zu gewinnen für die große Aufgabe des Wiederaufbaues der Zivilisation auf Grundlage eines gerechten und dauerhaften demokratischen Friedens. In diesem Geiste werden wir auch weiter handeln.“

Der amerikanische Oberbefehlshaber gegen Greuelmärchen.

Wir lesen in der „Kölnischen Zeitung“ (Abendausgabe vom 12. August):

Die Amerikaner hatten sich im Mai fünfzig von Pershing's Leuten aus Frankreich kommen lassen, um der Freiheitsanleihe ein wenig nachzuhelfen. Die Willkürlichen Landsknechte gingen in der Art zu Werke, die den meisten Erfolg versprach, das heißt, sie loyale. Mister Wilson und sein lauterer Kabinett, der Kriegsminister eingeschlossen, haben dem Vorgesetzten mit verstärktem Armen zu, denn er brachte augenscheinlich Ergebnisse, und nach ihrem Geschmack kann über die Deutschen gar nicht stark genug gelogen werden. Der amerikanische Höchstkommmandierende in Frankreich aber, General Pershing, fühlt sich weniger als Politiker und mehr als Soldat, und fabelte daher am 11. Juli folgenden gefahrnähsten Einspruch gegen einen der Ersüßiger aus seinen Reihen: „Eine Zeitung in St. Louis, die kürzlich hier eintrifft, berichtet, daß ein Sergeant, einer von den Fünftigen, die in Verbindung mit der Freiheitsanleihe zurückgeschickt worden sind, Reden hält, in denen er sagt: „Die Deutschen heben den Kindern vergiftete Zuckerwaren zum Essen und Handgranaten zum Spielen. Sie zeigen ein unbändiges Vergnügen angesichts der Todesströmungen der Kinder und lachen laut, wenn die Granaten explodieren. Ich sah einen amerikanischen Jungen von 17 Jahren, der von den Deutschen gefangen genommen worden und dann zu uns zurückgekommen war. Er hatte Baumwolle in und über den Ohren. Ich fragte jemand, wozu die Baumwolle war, und er antwortete, die Deutschen haben ihm die Ohren abgeschneidert und haben ihn zurückgeschickt, um uns sagen zu lassen, sie wollten Männer zum Kämpfen haben. Sie geben der Amerikanern Tuberkelbazillen zu essen.“ Da nicht die geringste tatsächliche, auf irgend einer Erfahrung beruhende Unterlage für solche Aussagen vorhanden ist, empfehle ich, daß dieser Sergeant, falls keine oben wiedergegebenen Mitteilungen von ihm wirklich gemacht worden sind, sofort zur Dienstleistung hierher zurückgeschickt werde, und daß seine Aussagen widerrufen werden.“

Diese kategorische Zurückweisung elender Verleumdungen macht dem amerikanischen Heerführer ebensowenig Ehre, wie die Greuelmärchen, gegen die er sich wendet, ihren Urheber zu Schande gereichen.

Proteste hungernder Frauen in — Japan.

Die „Times“ erzählt am 10. August aus Tokio: Seit Monaten liegt der Reis allmählich im Preise, ohne daß die Regierung etwas dagegen tun konnte. Der Kriegshandel brachte einige Induzien zu großer Blüte, aber die Masse des Bauern- und Mittelstandes litt Mangel. Diese Klassen ertrugen ihre Entbehrungen ohne Murren, bis vor einer Woche die Frauen des Fischerdorfes Toyama zusammenkamen, um bei der Gemeindevorwaltung zu protestieren und Reis zu fordern. Dieses beispiellose Vorgehen rief bei den konservativen große Unruhe hervor, da es im Widerspruch zu den nationalen Idealen der Frau steht und überdies in weit entfernten Bezirken zu gleichartigen Protesten der Frauen führte, die sich sowohl gegen die Kriegsgewinnler wie gegen die Gemeindevorwaltungen richteten. Es ist schwer zu sagen, was die Presse am meisten in Erstaunen legt, die Flüchtigkeit und Gleichgültigkeit der Kundgebungen, oder die Tatsache, daß die Proteste von den Frauen ausgehen.

Oesterreich-Ungarns in eine Konföderation nationaler Staaten, einen deutschen, tschechischen, polnischen, südslawischen und ungarischen Staat plant. Im Rahmen dieser Konföderation soll jedes Volk Befriedigung seiner berechtigten Existenzforderungen und Existenzbedingungen finden. Zu den Beratungen der Verfassungscommission sollen außer bewährten Parlamentariern auch hervorragende Männer der Wissenschaft, Industrie, Landwirtschaft, des Handels und Fachmänner aus den autonomen Korporationen aller Volksstämme zugezogen werden. Die Durchführung dieser neuen Verfassung würde einem Ministerium anvertraut werden, das sich des Vertrauens aller Völker erfreut und an dessen Spitze ein Mann von absoluter Gerechtigkeit, Objektivität und allgemeiner Achtung stünde. Als solchen nennt das Blatt den Professor Lammasch, dem an dem Plan der Verfassung der Löwenanteil gebührt.

Oesterreich-italienischer Gefangenenaustausch?

Dem Wiener „Freundenblatt“ zufolge wandte sich der Kaiser kürzlich mit einem alle Einzelheiten genau festlegenden Vorschlag an die österreichisch-ungarische Regierung und wandte an Italien, die Kriegsgefangenen, die länger als Jahresfrist in Gefangenschaft befinden, gegenseitig auszutauschen. Der Vorschlag wurde seitens der österreichisch-ungarischen Regierung zustimmend beantwortet. Die Haltung der italienischen Regierung gegenüber dem Vorschlag ist noch unbekannt.

Gegen die finnische Königswahl.

die in nächster Zeit vollzogen werden soll, erhebt die Entente Einspruch. Die „New York Post“ meldet: Die aktiveren Regierungen haben der finnischen Regierung ihre erstfälligen Bedenken über die Fortschritte einer Königswahl vor Anerkennung der finnischen Selbständigkeit durch die Alliierten zum Ausdruck gebracht.

Günstigere Ausichten für die Bolschewiki.

Ueber die Ernteausichten in Rußland wird dem Stockholmer „Politiken“ von der internationalen sozialistischen Kommission aus Moskau folgendes berichtet:

Die Ernte, die bereits begonnen hat, ist in der Weise geregelt, daß die Bauern für jedes Hausstandsmitglied und für jeden Monat 5 Pud (80 Pfund) bekalteten dürfen. Der Rest des Getreides wird zum Staatseigentum erklärt. Um eine effektive Kontrolle zu ermöglichen, wird die Verteilung von aus armen Bauern bestehenden Komitees ausgeführt. Die Ernte ist ausgezeichnet. Die Objekten im Gouvernement Worenesch sind verstaatlicht worden. Der staatliche Ernährungsminister hat bei einer Inspektion in diesem Gouvernement Befunde von Getreiderubereien nicht nur aus dem Jahre 1915, sondern auch noch aus früheren Jahren vorgefunden.

In den letzten zwei Wochen hat sich die Anlieferung von Getreide auf das Seebach erhöht. Die einstimmigen Äußerungen der Sachverständigen lauten, daß Rußland in diesem Jahre mehr als je eine durchsichtliche Ernte erheben wird.

Die demobilisierten Arbeiter in der Kriegsindustrie sind jetzt mit der Herstellung von Maschinen und Geräten für die Landwirtschaft beschäftigt.

Die Kämpfe in Rußland.

Der „Times“-Korrespondent in Wladimirok entwirft ein merkwürdig trübes Bild über die Lage der Tscheco-Slowaken. Er schreibt am 10. August: Die Tscheco-Slowaken in Sibirien laufen große Gefahr, abgelehnt zu werden. Nur ein Teil dieser Truppen, die auf 2000 Meilen entlang der sibirischen Eisenbahn zwischen der Wolga und dem Baikalsee zerstreut sind, ist bewaffnet, und auch dieser Teil ist nur ungenügend ausgerüstet. Diesen Truppen fehlt es an Artillerie, Munition, Stiefeln usw. Leute, die die Verhältnisse genau kennen, sind über das Schicksal der Tscheco-Slowaken sehr besorgt, da die Bolschewiki große Tätigkeit entwickeln und auf die Hilfe der zahlreichen deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen rechnen können. Die letzte Nachricht ist, daß die Bolschewiki eifrig dabei sind, in der Gegend, wo die Tscheco-Slowaken kämpfen, die Bevölkerung zwangsweise einzusiedeln. Unter den so gebildeten Truppen befindet sich eine große Anzahl deutscher und österreichischer Kriegsgefangener. (?)

In einem Leitartikel legt die „Times“: Sowohl aus Sibirien als auch aus Rußland treffen Nachrichten ein, daß die Tscheco-Slowaken in der letzten Zeit Niederlagen erlitten haben und auf die Spurtront zwischen Wladimirok und Chabarowsk zurückgedrückt worden sind. Die Bolschewiki, die von deutschen Offizieren (?) geführt werden, scheinen die ganze Eisenbahn im Umrangsbereich zwischen Chabarowsk und Nishita sowie die Linie von Nishita um die Südspitze des Baikalsees herum und die Linie Nishita-Charbin bis zur Station Mandschuria an der sibirischen Grenze in Händen zu haben.

Im europäischen Rußland liegen die Tscheco-Slowaken an der mittleren Wolga anscheinend hart in der Klemme. Wenn ihr Erfolg wahrscheinlich wäre, würde vielleicht der größte Teil der russischen Bevölkerung sich ihnen anschließen. Unter den gegenwärtigen Umständen aber haben sie ausländische Hilfe nötig, die jedoch nur langsam kommen kann. Die Entente-Truppen in Archangel und im Murmangebiet sind zu schwach und zu weit, um eine schnelle Hilfe bringen zu können. Es ist daher dringend erforderlich, Hilfe nach Westsibirien zu senden, und dies kann am besten über Charbin geschehen. Dabei ist es vor allen Dingen nötig, daß sich die Alliierten selbst zu Operationen in größerem Maßstabe als bisher entschließen.

Die Petersburger Presse von gestern früh meldet den Erfolg der russischen Flottenabteilung über eine englische Schiffsabteilung an der Baga-Mündung, 200 Meilen von Archangel. Die Russen nahmer eins von fünf gut ausgerüsteten bewaffneten englischen Schiffen weg.

Französische Pläne gegen Dänemark?

„Svenska Dagbladet“ bringt einen Leitartikel mit der Ueberschrift: Französische Pläne gegen Dänemark. Es heißt darin, daß gleichzeitig mit dem Umstande, daß Truppen der Entente im Norden im Rücken Skandinavien stehen, französische Stimmen laut wurden, um einen Angriff gegen die Küste Deutschlands auszuführen, was in allerhöchstem Grade Dänemark berühre und auch von Bedeutung für Schweden sei. Als Unterlage der Betrachtung führt das Blatt Äußerungen des französischen Kommands Degoy an. Diese sind in einer Schrift enthalten, welche dem Blatt zugefleht ist. Es wird darin die Bedeutung eines direkten Angriffes auf die Küsten Deutschlands erörtert. Der Verfasser meint, ein solcher Angriff habe größere Aussicht zu gelingen, als die amtlichen französischen und englischen Marinebehörden eingesehen wollen. Seine Pläne gehen darauf aus, zu verhindern, die Neutralen in der Kriegshinrichtung, insbesondere Holland und Dänemark, gegen welche Staaten er heftige Angriffe richtet. Schon 1916 sei die Neutralitätspolitik niemals unerschütterlicher gewesen, als die heutige, was er näher zu beweisen sucht. „Svenska Dagbladet“ meint, es handle sich um ein neues Szenario

Plantagengummi von 30 Mt. auf 4 Mt. das Kaugummi fl. Als dann im Laufe des Krieges empfindlicher Gummimangel eintrat, waren leider die Apparate längst abgebaut, vor allem aber fehlten die Rohstoffe Aceton und Aluminium. Bald aber gelang es bekanntlich, beide im Inlande herzustellen, und die Leistungsfähigkeit ist für Aceton wie für Aluminium im ständigen Steigen; während jener aus Kohle und Karbid gewonnen wird, wurde unter finanzieller Mitwirkung des Staates auch die Aluminiumgewinnung im großen ausgenommen, hauptsächlich durch Griesheim-Elektron, die in Gemeinschaft mit der Metallgesellschaft drei Anlagen errichtet hat, aber auch durch andere Konzerne. Nach Erledigung dieser wichtigen Vorkriegsarbeiten konnte man an die Kautschukgewinnung gehen. Diese hat relativ wenig Schwierigkeiten, soweit Hartgummi in Betracht kam, während Weichgummi namentlich anlässlich außerordentlich schwieriger Probleme zu lösen gab. Wie die Meldung über weitere Neubauteil vermuten lassen, scheint seit jener Rede die Entwicklung nicht stillgestanden zu sein, tatsächlich hört man auch von größeren Bestellungen der Gummifabrikanten. Die offene Frage gegenüber allen diesen technischen Fortschritten ist immer: wie verhält es sich mit der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit gegenüber den alten Waren? Die Frage beantwortet sich bei den verschiedenen Erfindungen ganz außerordentlich verschieden. Synthetischer Kautschuk so schön es wenigstens bisher — dürfte jetzt recht zweifelhaft ist; namentlich Konkurrenzfähigkeit der Verkaufspreise. Diese stellen sich auf ein Vielfaches der Londoner Kautschuknotierung. Dabei ist zunächst zu bemerken, daß Plantagengummi eine der ganz wenigen wichtigen Weltwaren ist, die infolge Überproduktion heute eher billiger sind, als im Frieden. Weiter aber ist zu bedenken, daß für die Vorprodukte des Kautschuks zurzeit anormale Preise zu zahlen sind, einige Hundert Prozent mehr als im Frieden. Und schließlich dürften die Exportländer nach den zurzeit üblichen Grundätzen ihre Kautschukproduktion so „vorsichtig“ wie nur möglich aufstellen, d. h. also nicht nur auf eine möglichst sofortige Amortisation der Anlagen, sondern auch auf entsprechende Gewinne hinarbeiten.

**Ein neues großes Kohlenunternehmen.**  
Zwischen der Fürstlich Bielefelder Generaldirektion und der Firma Beer, Sondheimer u. Co., einer der größten deutschen Metallhandelsfirmen, ist ein Vertrag zustande gekommen, demzufolge die Frankfurter Firma an der Verwertung der Bielefelder Kohlenfelder sich maßgeblich beteiligt. Die neuen Ausschubarbeiten sollen sobald als möglich begonnen werden. Geplant ist zunächst die Anlage eines großen Elektrizitätswerkes sowie der Bau chemischer Fabriken, um die gewonnene Kohle im eigenen Betriebe zu verarbeiten zu können. Das Objekt beläuft sich insgesamt auf mehrere Hundert Millionen Mark.

## Für unsere Feldgrauen.

**Pensionszuschläge für Offiziere.**  
Pensionierte Offiziere, die im Kriege wieder verwendet worden sind, hatten beim Wiederauscheiden aus dem Dienst Anspruch auf die Pension, die sie vorher bezogen hatten. Der pensionierte Hauptmann, der im Laufe des Krieges zum Major befördert wurde, hatte also nach Beendigung des Krieges nur Anspruch auf die Pension als Hauptmann. In einem kurzen Artikel treten doch andere Gesichtspunkte in Geltung. Die rücksichtslose Anwendung der großen Säge hat im Frieden eine Menge verhältnismäßig junger Offiziere oft sehr gegen ihren Willen in Pension getrieben. Bei Beginn des Krieges traten sie wieder ein und haben zum Teil Hervorragendes geleistet. Das ihnen dafür die Pension des Dienstgrades gebührt, den sie im Kriege erreicht haben, ist unbedingt zuzugewinnen. Aber es muß ein Unterschied gemacht werden, zwischen dem wiedererwandelten Offizier der im Felde seine Schuldigkeit getan hat und dem Offizier, der z. B. als Bahnhofskommandant in der Heimat ein recht beglücktes Leben führen konnte. Einen Ausgleich für seine Tätigkeit fand er darin, daß er für diese Zeit sein aktives Gehalt bezog; ihm etwa auch noch eine höhere Pension zu geben, wäre völlig unverantwortlich. Das Kriegsministerium hat nun verfügt, daß den wiedererwandelten Offizieren, wenn sie an Kampfhandlungen teilgenommen haben, bei ihrem Rücktritt Zuwendungen aus Kapitel 81a bewilligt werden können. Die Zuschläge werden bis zur Erreichung des Pensionbetrages gewährt, der sich aus dem pensionfähigen Dienstverdienst der Friedensstelle ergibt, die der Kriegsstelle entspricht, deren Inhaber der Offizier zur Zeit der Kampfhandlung gewesen ist. — Befand sich also ein pensionierter Hauptmann in einer etatsmäßigen Stelle als Major und hat er an Kampfhandlungen teilgenommen, dann darf ihm zu seiner Pension als Hauptmann ein Zuschlag in der Höhe bezahlt werden, daß er die Pension eines Majors erreicht.

Bei der gelegentlichen Regelung der Materie wird man den Begriff „Kampfhandlung“ näher umschreiben müssen, denn die Abwehr eines Plünderangriffes auf einen Bahnhof im Inland kann als Kampfhandlung angesehen werden, sie darf aber auf keinen Fall den Anlaß bieten, den Offizieren, die sich nun zufällig dort befanden, den Anspruch auf eine höhere Pension zu verschaffen.

**Das Vermundeten-Abzeichen.**  
Vor einiger Zeit ist zu der Menge von Abzeichen aller Art ein neues gekommen — das Vermundeten-Abzeichen, das nach der Zahl der erlittenen Verwundungen in dreifacher Aufmachung existiert. Dieses neue Abzeichen ist schon jetzt zu einer neuen Quelle der Verärgerung geworden. Nehmen wir an, ein Offiziersburche hat das Eisene Kreuz erhalten, später erlitt er eine leichte Verwundung, weil auf die Bagage, bei der er sich befand, geschossen wurde; er bekommt nun auch noch das Vermundeten-Abzeichen. Kommt er auf Urlaub, dann wird er gewiß als Ausbund ganz besonderer Tapferkeit angefaßt. Nun das Gegenstück: Ein braver „Landser“ kämpft seit vier Jahren auf allen Kriegsschauplätzen, das Eisene Kreuz hat er nicht, weil er es nicht verdient, sich bemerkbar zu machen, vielleicht auch weil er bei seinen Vorgesetzten keine gute Nummer hat; dabei war er insofern vom Glück begünstigt, als er nie verwundet wurde, daher hat er natürlich auch kein Anrecht auf das Vermundeten-Abzeichen; ohne „Stern und Kreuz“ zieht er auf Urlaub, vielleiht in den gleichen Ort, in dem auch der mehrfach deforierte Offiziersburche das sein ist. Die Vergleiche, die gezogen werden, fallen natürlich zu seinem Ungunsten aus. Oder: Ein Mann ist nur einmal verwundet worden und hat dabei ein Bein eingebüßt, er erhält das schwarze Abzeichen, ein anderer ist dreimal ganz leicht verwundet worden, er trägt das höhere, matteweiße Abzeichen! — Mit dem Eisernen Kreuz dieselbe Geschichte. Man fordert jetzt, daß das im Kampfe erworbene Eisene Kreuz mit einem besonderen Abzeichen versehen werden soll, zum Unterschiede von dem Eisernen Kreuz, das dort verdient wurde, wo man keine Augen schließen dürfte. Und ist es mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse viel anders? Mannschaften, die es tragen, haben es bestimmt nur für ganz besondere Leistungen erhalten, aber heute tragen es auch eine Menge Offiziere, deren Tätigkeitsgebiet nur die Stappe gewesen ist. Wir haben keinen Anlaß uns über diese Dinge beizureden zu ereifern, sind wir doch der Überzeugung, viel lieber als das ganze Gepränge sind dem Soldaten: gute Behandlung, reichliche Verpflegung, häufiger Urlaub und ein rasches Ende des Krieges.

**Hilfe für wirtschaftlich geschädigte Kriegsteilnehmer.**  
Je länger der Krieg dauert, desto mehr brechen kleinere Unternehmungen zusammen, deren Inhaber zum Heeresdienst eingezogen sind. Zunächst verlusten es in der Regel die Frauen, den Betrieb, so gut es eben ging, aufrecht zu erhalten, der Mangel an Arbeitskräften und an Rohmaterialien zwang aber schließlich dazu, das Geschäft zu schließen. Die Folge davon ist natürlich, daß Tausende, die bei der Eingliederung ein blühendes Geschäft ver-

# Der amtliche Kriegsbericht.

## Sechsmalige feindliche Angriffe abgeblagen.

**WAB. Großes Hauptquartier, 16. August. (Amtlich.)**  
Westlicher Kriegsschauplatz.  
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.  
Vorfeldkämpfe am Kessel und bei Bieng Berquin. Stärkere Vorstöße des Feindes südlich der Sys, bei Alette und südöstlich der Ancre wurden abgewiesen.

Heeresgruppe des Generalobersten v. Boehn.  
Westlich von Aonze und südwestlich von Aonze heftige Feuerkämpfe, dem beiderseits der Ancre, gegen Dassigny und auf den Höhen westlich der Dose feindliche Angriffe folgten. Südlich von Thiescourt blieb das Gebiet litte in Händen des Feindes. Im übrigen schlugen wir seine Angriffe gegen unsere Kampfstellungen teilweise im Gegenstoß zurück. Schwere Verluste erlitt der Feind in den Kämpfen bei Dassigny. Hier kämpften er bis zu sechsmal vergeblich an und wurde nach 10 stündigen erbitterten Kämpfen in seine Ausgangsstellungen zurückgeworfen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.  
An der Weste nahm die Feuerstätigkeit am Abend zu und blieb auch die Nacht hindurch lebhaft.

Wir schossen gestern 24 feindliche Flugzeuge ab. Stn. Udet errang seinen 54. und 55., Oberstn. Roenneke und Loewer ihren 30., Stn. Medel seinen 22. und 23. und Lt. Roeth seinen 21. Luftsieg.

**Der Erste Generalquartiermeister.**  
Dudenorff.

## Verstärkter feindlicher Truppentransporter.

Berlin, 16. August. (Amtlich.) Im Mittelmeer verkehrten unsere U-Boote aus stark gesicherten Geleitzügen 6 wertvolle Dampfer von zusammen rund 22000 Br.-Reg.-Tons, darunter einen vollbesetzten Truppentransporter von mindestens 6000 Br.-Reg.-Tons.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

liegen, nach ihrer Rückkehr vor den Trümmern ihrer einstigen Existenz stehen werden. Hier muß das Reich eingreifen; denn es geht nicht an, diese Geschädigten kaltherzig ihrem Schicksal zu überlassen. Allerdings ist die Frage nicht einfach zu lösen, wie geholfen werden soll. Man kann dabei an Zuwendungen denken, an die Gewährung unverzinslicher oder niedrig zu verzinsender Darlehen, an Steuerbegünstigung, an Bevorzugung bei Lieferung von Rohmaterialien usw. Der Wege, auf denen geholfen werden kann, sind viele, immer aber wird jeder einzelne Fall für sich betrachtet und entschieden werden müssen. Die Sozialdemokraten haben im Reichstag schon immer auf diese selbstverständliche Pflicht des Reiches hingewiesen und neuerdings hat sich auch die bayerische Reichsratskammer dafür ausgesprochen, indem sie einem dieses Ziel verfolgenden Antrag des Freiherrn v. Frankenstein zustimmte. Der Antrag hat allerdings einen Pferdefuß, indem er die Unterstellungen aus einer etwaigen Kriegsschuldhaftigkeit bestreiten will. Die Pflicht, die schwer geschädigten Existenzen helfend beizuspringen, darf nicht davon abhängig gemacht werden, daß wir eine Kriegsschuldhaftigkeit bekommen, sonst wird aus der unbedingt nötigen Hilfsaktion überhaupt nichts werden. Der mit der Einberufung in ursächlichem Zusammenhang stehende Zusammenbruch wirtschaftlicher Existenzen rechnet zu den Kriegsschäden, für die das Reich in irgend einer Form aufkommen muß. Diesem Grundsatze muß zunächst einmal zur Verankerung verholten werden, dann bleibt noch übrig, die Wege zu bestimmen, die geeignet sind, zum erwünschten Ziele zu führen. Hauptsächlich ist es möglich, bereits im kommenden Winter zu praktischen Vorschlägen zu kommen; jedenfalls wird die Sozialdemokratie auch auf diesem Gebiete ihre Schuldigkeit tun.

## Soziales.

**Arbeitszeit und Arbeitsleistung.** Auf Veranlassung der britischen Regierung sind bei Arbeitern industrieller Betriebe in sieben Fabriken zwei Jahre lang Untersuchungen über Ermüdungserscheinungen bei längerer und kürzerer Arbeitszeit angestellt worden. Die ersten beiden Berichte liegen nach Iron Age jetzt vor. Der eine bezieht sich auf eine Fabrik von Verbandsstoffen mit 2000 Arbeitern, der andere auf ein Werk, das Kriegsmaterial herstellt, mit 600 Arbeitern. Die wissenschaftlich durchgeführten Untersuchungen ergaben, daß sich bei Überstunden und bei Nachtarbeiten eine so starke Ermüdung zeigte, daß sie volkswirtschaftlich ungewinnbar sind. Auch kurze Erholungspausen ändern daran nicht viel, besonders bei ungenügendem Ernährungszustand. Verkürzung oder Wegnahme der Ruhepausen, Überstunden oder Einziehung des Ruhetages verringern letztendes die Produktion. Die Verkürzung eines zwölfstündigen Arbeitstages auf 10 Stunden bewirkt eine absolute Steigerung der Erzeugung um rund 5 Prozent. Bei einer Kolonne von acht Arbeitern erhöhte sich die Durchschnittsleistung bei dieser Kürzung der Arbeitszeit von 262 auf 276 Stück; dieselbe Kolonne brachte aber bei achtstündiger Arbeitszeit 316 Stück heraus. Damit ist wieder einmal der Beweis erbracht, daß auch vom Unternehmerstandpunkt aus jede Verkürzung der Arbeitszeit über die Maßzahlengrenze hinaus die Produktion nicht fördert, sondern hemmt.

## Süden und den Nachbargebieten.

Freitag, 16. August.  
Das südsche Amtsblatt auf der Judenhege.

Der englische Weberläufer zu den Albernichten S. St. Chamberlain hat eine Schrift über das Judentum veröffentlicht, die mit folgenden Worten schließt:  
„Geben Sie den Juden keine politischen Rechte. Räumen Sie ihnen kein Recht auf Grundbesitz ein, sorgen Sie dafür, daß die Juden nicht durch die Presse Herran der öffentlichen Meinung werden, halten Sie sie fern von der Schule und der Erziehung. Verfügen Sie dies, geben Sie dem Juden die volle bürgerliche und politische Gleichberechtigung, so sind Sie in 50 bis 100 Jahren verschwunden. In Ihrer Stelle werden übermäßig Judentümliche keine mit einer zahlreichen Oberflächigen Judentümlichen.“  
Diese feindliche Aufforderung zur Vergewaltigung der Juden richtet sich an die Rumänen. Daran knüpfen die „Lüderischen Anzeigen“ folgende Bemerkungen:  
„Wie recht Chamberlain hat, beweist die Geschichte dieses Volkes, in dem Israel in England wie in Rumänien durch die in seinen Händen befindliche Presse die öffentliche Meinung beherrscht und den Haß gegen Deutschland schürt. Größte Bedeutung für uns Deutsche hat auch eine Stelle in den Aus-

allen Ländern der Welt die russischen und polnischen Juden, weil sie, um sich verständlich zu machen, ihr deutsches Völkchen sprechen, als „Deutsche Juden“ bezeichnet werden. Der Reichsdeutsche wird dann für die Sünden dieser polnischen Juden, die man für Deutsche hält, verantwortlich gemacht. Dies ist einer der hauptsächlichsten Gründe, warum die Deutschen im Ausland so unbeliebt sind.“

In Anbetracht der Tatsache, daß die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens genau wie Andersgläubige für die Veredelung des Landes mit ihrem Leben eingetrieben sind, braucht man diese antisemitische Seite unseres amtlichen Organs nur niedriger zu hängen. Sie liefert zugleich einen kleinen Beitrag zu dem Kapitel, wer in Wirklichkeit das Ansehen der Deutschen im Auslande schwer schädigt.

## Die neue Brotkrone und die neuen Brotpreise.

Als Feiertag die weitere Herabsetzung der Brotkrone vorgenommen werden möchte, die besonders in den Kreisen der minderbemittelten Volksschichten am schwersten empfunden wurde, weil diesen der goldene Schlüssel zum Tor des Schleichhandels fehlt, da wurde während in Aussicht gestellt, daß in der zweiten Hälfte des Monats August mindestens die frühere Brotmenge wieder an die Bevölkerung abgegeben werden würde. Nun sind die entbehrungsreichen Wochen, in denen viele Familien nicht mehr wußten, womit sie die hungrigen Mäuler stopfen und die Darbenden sättigen sollten, endlich vorüber. Mit Spannung erwartete man die amtliche Ankündigung der neuen Brotkrone. Heute liegt sie in Lübed vor. Sie beträgt, daß die auf die Brotkrone zu verabfolgende Höchstmenge von Sonntagen, dem 17. August ab auf insgesamt 1800 Gramm festgesetzt worden ist. Auf die Brotkroneabschnitte dürfen die auf ihnen verzeichneten Brotmengen, auf die Mehlmengen dagegen nur je 150 Gramm Brot abgegeben und entnommen werden. Das Verbot der Abgabe von Mehl auf Mehlmengenabschnitte bleibt einstellweilen aufrechterhalten.

Vor der Herabsetzung betrug die Höchstmenge an Brot 1900 Gramm; sie ist demnach jetzt um 100 Gramm geringer bemessen worden, ein Minderquantum, das bei der völlig unzureichenden sonstigen Ernährung sehr schwer empfunden wird. Es muß dringend verlangt werden, daß sobald als irgend möglich wenigstens die frühere Brotkrone wieder zur Verteilung kommt. Das leider beibehaltene Verbot der Abgabe von Mehl, das in anderen Städten nicht besteht, bringt viele Hausfrauen schier zur Verzweiflung, denn sie wissen nicht, wie sie ohne Mehl manche Speisen zubereiten sollen. Auch hier ist eine Änderung unbedingt erforderlich.

Eine weitere kämmerliche Ueberraschung bringen die neuen Brotpreise, die eine gewaltige Verteuerung des Brotes darstellen. In der Bekanntmachung heißt es kurz und bündig, ohne Motivierung:

Von Sonntagen, dem 17. August ab gelten für Einheitsbrot folgende Höchstpreise:

für das Dreipfund-Brot	85 Pfennige
für das Zweipfund-Brot	57 "
für das 800-Gramm-Brot	47 "

Da bisher das Dreipfund-Brot 68 Pfg. kostete, so beträgt die Verteuerung 17 Pfg. oder 25 Prozent. Was das für eine größere Familie ausmacht, kann sich jeder leicht ausrechnen, da ja an eine Einschränkung des Brotkonsums nicht zu denken ist. In Hamburg begründet man die Brotpreiserhöhung in erster Linie mit der Heraushebung der Mehlpresse teilsens der Reichsgeldstelle und weiter mit der erheblichen Verteuerung der Brotherstellung infolge der Steigerung der Arbeitslöhne und der wachsenden Teuerung aller Betriebsmaterialien sowie mit der Umschleuer. Diese Gründe werden wohl auch für das Lübeder Polizeiamt maßgebend gewesen sein, wenn sie auch nicht mitgeteilt werden. Die Heraushebung der Mehlpresse durch die Reichsgeldstelle ist eine im rein agrarischen Interesse erfolgte Maßnahme, die nur die landwirtschaftlichen Gewinne vergrößert wird. Allerdings kann die städtische Behörde nichts dagegen machen. Und die Bevölkerung muß einfach zahlen, wie sie gegen alle solche Verteuerungen so gut wie machtlos ist. Die natürliche Folge werden weitere Lohnforderungen, weitere Teuerungszulagen sein. Ganz besonders schlimm werden die Arbeiterfamilien davon betroffen, die auf ihre kümmerliche Unterstützung angewiesen sind, die schon bisher längst nicht ausreichten war. Ihnen zu helfen ist eine unumgängliche Pflicht des Staates und der Kommunen. Und das nun in erster Linie durch eine allgemeine Aufbesserung ihrer Bezüge geschehen.

So muß denn kurz zusammengefaßt gesagt werden, daß die neue Brotkrone zu niedrig, der neue Brotpreis hingegen zu hoch ist.

## Gegen den Zigarettenwucher.

Man schreibt der „Frankf. Ztg.“: Mit dem allmählichen Verschwinden der Zigarette im Kleinhandel hat eine Preissteigerung für Zigaretten eingeleitet, die in der Lage der Zigarettenindustrie durchaus keine Rechtfertigung findet. Im allgemeinen sind gegenwärtig Zigaretten unter 10 Pfg. nicht mehr im Handel zu haben, tatsächlich aber werden von den größeren Fabriken noch sehr beträchtliche Mengen von Zigaretten zu 5 und 6 Pfg. an den Kleinhandel geliefert. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß ein Wucher mit Zigaretten getrieben wird, der umso bewauerlicher ist, weil dadurch die Sendung von Liebesgaben an die Truppen an der Front stark beeinträchtigt wird. Es ist daher mit Genugtuung zu begrüßen, daß die Interessengemeinschaft der deutschen Zigarettenfabrikanten, auf deren Mitglieder ungefähr drei Viertel der gesamten Erzeugung entfallen, den Beschluß gefaßt hat, in Zukunft auf sämtliche Zigaretten den Kleinverkaufspreis aufzudrucken. Dieser Beschluß soll sofort, spätestens aber bis zum 1. Oktober d. J. durchgeführt werden. Die Raucher werden auf diese Weise in die Lage versetzt, festzustellen, ob der geforderte Preis berechtigt ist. Im Interesse der Bekämpfung des Zigarettenwuchers wäre es erwünscht, wenn die Raucher nur Zigaretten kaufen würden, auf denen der Preisaufdruck enthalten ist. Hierdurch wären diejenigen Firmen, die der Interessengemeinschaft nicht angehören, gezwungen, auf ihre Erzeugnisse ebenfalls den Kleinverkaufspreis aufzudrucken.

Erlaubt wird der Zigarettenwucher gegenwärtig dadurch, daß die höchste Stufe der Vandalenrolle sich auf alle Preislagen über 7 Pfennig erstreckt. Gegenwärtig gehören nur die familiären im Kleinhandel verkauften Zigaretten in diese Preisstufe. Sie tragen daher trotz der teilweise sehr erheblichen Preisunterschiede dieselbe Abgabe. In Reichstagskreisen besteht deshalb, wie wir hören, die Absicht, die Finanzverwaltung zu einer baldigen Erweiterung der Zigarettensteuer durch Ausgliederung neuer Steuerklassen anzuregen. Es erscheint durchaus richtig, daß Zigaretten in den Preislagen von 12, 15, 20 Pfg., die gegenwärtig in großem Umfang geraucht werden, eine höhere Abgabe zahlen als die in der Preislage von 8 bis 10 Pfg. Da hierdurch zweifellos für die Reichskasse erhebliche Einnahmen zu erzielen wären, dürfte die Anregung auch von Erfolg sein.

## Die Frist für Witwengeld-Ansprüche erlosch.

Nach der Bundesratsverordnung vom 28. März 1918 gelten auch Witwengeldansprüche von hinterbliebenen Frauen der Gefallenen, Vermögenden und dergleichen dann noch als rechtzeitig gestellt, wenn sie innerhalb eines Jahres nach der gerichtlichen Todeserklärung oder nach der Eintragung des Sterbefalles in das Standesamtsregister beim zuständigen Versicherungsamt — nicht bei der Landesversicherungsanstalt — geltend gemacht werden. Bei der Ermittlung, deren Ansprüche auf Witwengeld nach den früheren gesetzlichen Bestimmungen wegen Fristverstreichen abgelehnt werden mußten, können ihren Antrag mit Aussicht auf Erfolg wiederholen, da die obenbeschriebene Verordnung rückwirkend Anwendung findet.

**Die Vermögensverhältnisse und die Neugründung von Haushalten.**  
 Die Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle, daß die Neugründung eines Haushaltes nicht als ein solcher Ausnahmefall angesehen werden dürfe, der die Ausstellung von Bezugsgeldern für Vorhänge, Bettwäsche, Tisch- und Mundtücher, Handtücher rechtfertigt, hat bei einem Teil der Bevölkerung berechtigterweise eine gewisse Verwirrung erzeugt und es wird darauf hingewiesen, daß durch diese Verfügung die Gründung von Haushalten überhaupt erschwert und gar unmöglich gemacht werde. Es wird zugegeben werden müssen, daß gerade für die weniger wohlhabenden Kreise die Bestimmung sehr drückend ist, denn die Anschaffung von Papierwäsche ist nicht nur wegen der geringen Haltbarkeit, sondern auch wegen der sehr hohen Preise, die früher nur zum Teil überbrückt sind, sehr kostspielig, und für sehr viele junge Eheleute oder für die, die es werden wollen, ist es einfach unmöglich, die verlangten Preise anzulegen. Diese Kreise haben ja meist auch nicht die Möglichkeit, aus dem öffentlichen Haushalte das Allernotwendigste wenigstens für die Dauer des Krieges zu entnehmen und es ist wohl denkbar, daß mancher Haushalt unter diesen Umständen nicht gegründet wird. Es wäre zu wünschen, genau so wie man durch gemeinnützige Unternehmungen die Beschaffung des Hausraumes — Möbel usw. — erleichtert, auch Einrichtungen zu treffen, die der Wäsche, die trotz aller Reden von den Fortschritten auf dem Gebiete der Textilindustrie nach wie vor eine sehr große Rolle spielt und nicht nur die unmittelbar betroffenen Kreise angeht, Einhalt zu tun geeignet wären. Wenn die Papiergarnstoffabrikannten nicht zu einem Verzicht auf einen Teil ihrer Gewinne gezwungen werden können, muß für die Minderbemittelten eben das Reichsgeldamt eintreten und die Anschaffung der notwendigsten Wäsche aus der Reichskasse erleichtern.

**Ein Wohltätigkeits-Marktkonzert,** ausgeführt von der Schützmannstaple, findet Sonnabend von 7 1/2 bis 9 Uhr statt.

**pb. Verheißene Diebin.** Ermittelt und festgenommen wurde eine bereits vorbestrafte 21jährige hiesige Arbeiterin wegen mehrerer ermittelter Diebstähle. In dem Besitz der Festgenommenen wurden 3 verschiedene Sparschneidemaschinen gefunden, die sie auf verschiedenen Stellen gestohlen hatte.

**pb. Der verhaftete Seisenhändler.** Festgenommen wurde ein Händler aus Weizenfeld, als er im Begriffe stand, mit einer großen Handtasche, in der sich eine größere Menge Toilettenwäsche befand, von hier abzureisen, wahrscheinlich um die

**Trens - Vorwurf.** Parabelverurteilung. Auf die heute abend 8 1/2 Uhr bei Schluß stattfindende Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins sei auch an dieser Stelle hingewiesen. Genosse Br o m m e wird einen interessanten Vortrag halten. Außerdem steht die Wahl eines Kassierers auf der Tagesordnung. Es ist Pflicht der Mitglieder, die Versammlung zahlreich zu besuchen.

**Malente-Gremmshöfen.** Schleihhandel mit Butter. Dem Gendarmerteil Wachmeister Stolle gelang es, ein Faß mit 108 Pfund Butter, das schon durch verschiedene Hände gegangen war und nun im Dunkel der Nacht für 1800 Mark seinem letzten Herrn, einem hiesigen Kurgast, zugeführt werden sollte, zu beschlagnahmen. — Ja, die armen Kurgäste erleben jetzt schwere Zeiten, die ihnen das „Durchhalten“ verleiden können!

**Schwerin.** Vorgesetzter Einbruchsdiebstahl. Ueber einen Einbruchsdiebstahl in Pingelshahn, wobei dem Diebe 68 000 Mk. in die Hände fielen, hatten wir vor einigen Tagen berichtet. Dieser Diebstahl von 68 000 Mk., um deren Verlust der angeblich Bestohlene, der Bildner Ernst Kienkrich, so sehr bedauert wurde, hat nunmehr eine Aufklärung in ganz anderer Richtung gefunden. Eine Nachprüfung der Angaben von Ernst Kienkrich hat ergeben, daß der ganze Einbruch von ihm erschwindelt ist. Der Gendarmerteilwachmeister M. hat nunmehr auf dem Hausboden der Hauserei des Ernst Kienkrich 8000 Mk. und eine Menge militärischer Ausrüstungsgegenstände versteckt aufgefunden, ferner einen Revolver und Patronen, deren Kaliber mit dem über einstimmt, mit dem die Täter angeblich auf N. bei Verlobung der Tat geschossen haben sollten. Kienkrich ist sofort in Haft genommen worden. Es dürfte zu hoffen sein, daß auch der Rest des Geldes gefunden wird, um das N. seine Gläubiger durch die Verpfändung des Diebstahls betrogen wollte. Es handelt sich um 27 000 Mk. Der Rest gehörte angeblich dem N. selbst.

**Waren.** 100 000 Mk. unterschlagen. Vor der Strafkammer des Landgerichts zu Güstrow hat, wie wir seinerzeit berichtet, am 18. Juni d. J. eine Verhandlung gegen den Rentmeister Emil Böh in Bafedow wegen Untreue stattgefunden. Der Angeklagte war seit 1904 Rentmeister der Pflanzschaft des Bafedow.

unterbreitet. Der Angeklagte gab in der Verhandlung zu, rund 20 000 Mk. an die Grafen Friedrich Franz und Nikolaus Holm gegeben zu haben, trotzdem er wußte, daß er das nicht durfte. 15 000 Mk. will er für sich verbraucht haben. Ueber den Verbleib der übrigen etwa 65 000 Mk. wollte er keine Aufklärung geben können. Auf Nachforschungen konnte das Fehlen dieser Summe nicht zurückgeführt werden. Der Angeklagte und seine Familie haben sich in keiner Hinsicht befunden. Wohl wurde wegen Unterschlagung und Untreue zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren verurteilt, wovon zwei Monate als durch die Unternehmungshaft verbüßt erachtet wurden. Ebenso sollte er die Kosten des Verfahrens zahlen. Gegen das Urteil hat Böh Revision eingelegt. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision.

**Stade.** Wegen Amtsvergehens war der Oberpostassistent Carl Martin Krüger in Stade vom Schöffengericht zu drei Monaten drei Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil er drei Schriftstücke und elf unentwertete Postkarten beiseite gelassen und bei der Kassennachprüfung 20 Mark gestohlen hatte. Die Strafkammer erhöhte die Strafe auf sechs Monate Gefängnis und erkannte auf Abertennung bürgerlicher Rechte auf drei Jahre.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübed und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübed.

**Ein letzter Appell!**  
**Gebt Euer Gold und Euer Silber,**  
**gebet Eure Juwelen dem Vaterlande!**  
**Annahmeschluss 31. August!** 3867

**Bekanntmachung**  
**über die Abgabe von Brot auf Brotfabriken.**  
 Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 7. August ds. Js. wird die auf die Brotfabriken zu verarbeitende Höchstmenge vom Sonnabend, dem 17. August, ab auf insgesamt 1800 Gramm festgesetzt. Auf die Brotfabrikenabnahme dürfen die auf ihnen verzeichneten Mengen, auf die Mehlmarken dagegen nur je 150 Gramm Brot abgegeben und entnommen werden. Das Verbot der Abgabe von Mehl auf Mehlmarkenabnahme bleibt einstweilen aufrechterhalten.  
 Zum Überhandlungen werden mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.  
 Lübeck, den 15. August 1918. (3859)  
**Das Polizeiamt.**

**Bekanntmachung.**  
 Vom Sonnabend, dem 17. August ab gelten für Einheitsbrot folgende Höchstpreise:  
 für das Drei-Pfund-Brot 85 Pfennige  
 „ „ Zwei-Pfund-Brot 57 „  
 „ „ Ein-Pfund-Brot 47 „  
 Lübeck, den 15. August 1918. (3871)  
**Das Polizeiamt.**

**Freie Jugend Lübecks.**  
 Am Sonntag, dem 18. August er. von nachmittags 4 Uhr an:  
**SOMMERFEST**  
 in der Brauerei „Zur Walkmühle“  
 Geniner Strasse.  
**Wohltätigkeits-Konzert**  
 der Schutzmannskapelle.  
 Dirigent: Herr Wachmeister Gebert. 3862  
 Reigenaufführungen, Ansprache des Redakteurs Johs. Stelling,  
 Kinder-Stechvogelschiessen,  
 Lieder zur Laute, Damenspiel.  
 Der Reinertrag ist für die Familien-sorge des Roten Kreuzes bestimmt.  
 Eintrittspreis 40 Pfg.  
 Militär 20 Pfg. Kinder 10 Pfg.  
 Mehr als 2 Kinder haben freien Zutritt.  
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein  
**Der Jugendausschuss.**  
 Karten im Vorratkauf im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Expedition des „Lübecker Volksboten“, Karl Wilford, Rixstr., sowie bei den Gewerkschafts- und Parteikassieren und den Jugendfunktionären.

Gestern erhielt ich die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, meines Kindes liebevoller Vater, unser lieber Schwiegerohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kranfentragender Gelehrter  
**Wilhelm Jeß**  
 am 8. August bei einem Sturmanfall an der Nase gefallen ist. (3874)  
 Im Namen der Hinterbliebenen  
 Emma Jeß geb. Rogall und alle Angehörigen.

Für erwiesene Teilnahme und reiche Kranzpende bei der Beerdigung unseres lieben Vaters  
**Joachim Fischer** (3872)  
 sagen innigsten Dank.  
 Die Hinterbliebenen.  
**Ein Logis mit Gasbeleucht.** für einen Herrn. (3870)  
 Wakenitzmauer 182/12.  
**Vorrätig!** (3875)  
 Neue feste Salzgurten,  
 Eßig, Essigsprit,  
 gefärbter Einmach-Eßig etc.  
 Ludwig Wiegels, Fischergrube 60.  
 Fernsprecher 8647.

Für unser Werk Würgendorf, Bahnstrecke Köln-Gießen, werden zum sofortigen Eintritt  
**200 Mädchen**  
 über 18 Jahre und  
**200 kräftige Arbeiter**  
 gesucht.  
**Sprengstoff-Fabriken Hoppecke Aktien-Gesellschaft**  
 Würgendorf, Kreis Siegen. 3866  
**Gutes wohlwollendes Mittagessen ohne Fett, ohne Fleisch, aber mit kräftigem Fleischgeschmack und für wenig Geld**  
 erhält man durch Verwendung von Fleischextrakt-Extrakt „Ohsena“.  
 „Ohsena“ ist von der Fleischmittelfabrik Schleswig-Holstein unt. Nr. 61 am 22. Juni 1918 zum Handel im ganzen deutschen Reich genehmigt. Man nehme alle Sorten Suppenträger, grüner Gemüse und grüner Gartengewächse (je nachdem, wie die Jahreszeit es bietet), namentlich Salat, Kohlrabi, rote und gelbe Wurzel, alle Sorten grüner Erbsen (mit Schale), Bohnen, alle Sorten Kohl, Rüben und Mörenblätter, besonders Bismarck- und Zuckerrübenblätter, sowie alle eßbaren Wildgewächse. Dieselben werden mit einer Hackmaschine oder mit dem Hackmesser so fein wie möglich zerkleinert und dann eine große, sauber gewaschene, ungeschälte, rohe Kartoffel à Person, ebenfalls fein gerieben, zugelegt und alsdann mit Salz und Wasser zu Feuer gebracht in einem zugedeckten Gefäß. Wenn die Suppe gar und feimig ist, wird à Person ca. 20—25 Gramm „Ohsena“ zugelegt und hat die Suppe dann einen kräftigen Fleischgeschmack. Soll sie nicht als Vorspeise, sondern als Mittagessen dienen, wird die Suppe etwas dicker eingekocht durch mehr Zulag von Kartoffeln, fein gehacktem grünem Gemüse und mehr „Ohsena-Extrakt“ und mehr Salz nach Geschmack. Auf diese Weise empfindet man beim Mittagessen in den fleischlosen Wochen nicht das Fehlen von Fleisch, sondern alle Suppen erhalten durch „Ohsena“ einen kräftigen Fleischgeschmack. — „Ohsena“ ist in den meisten Geschäften der Lebensmittelbranche käuflich zu folgenden Preisen:  
 1/4 Pfd. netto Mk. 5.25 1/2 Pfd. netto Mk. 2.90  
 1/2 Pfd. netto Mk. 1.60. (3868)  
**Mohr & Co., G. m. b. H., Altona-Elbe.**

**Haltbare Hosenträger**  
 mit Leder und gutem Gummi  
**Aug. Janensch,**  
 Sandstraße 6. (3865)

**J. H. Pein**  
 Am Markt 12.  
 Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige  
 :: Manufakturwaren ::  
 Spezialhaus für Betten  
 Bettfedern u. Daunendunen  
 Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

**Stadthallen-Theater.**  
 Direktion: Stanislaus Fuchs. (3878)  
 Freitag, den 16. August 1918:

**Alt-Heidelberg.**  
 Schauspiel von M. Meyer-Förster.  
 Sonnabend, den 17. Aug. 1918:  
 Gastspiel von Max Roller von der Volksoper in Hamburg.

**Jungfer Sonnenschein**  
 Operette von Georg Jarno. „Karl Hofer, Trompeter“ — Max Roller a. G.  
 Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Sonntag, den 18. August 1918:  
 Anfang 7 1/2 Uhr:  
 Auf vielfachen Wunsch:

**Die Czardasfürstin.**

**Hansa-Theater.**  
 Vom 16. bis 31. August ds. Js. jedesmal abends 8 Uhr:  
**Grosser Nationaler Propaganda-Ringer-Wettstreit**  
 zur Hebung der deutschen Volkskraft.  
**1500 Mark Geldpreise.**  
 Es haben sich folgende Ringer zur Teilnahme gemeldet:  
**Naber, Meisterringer von Ostpreußen**  
**Saurer, Meisterringer von Bayern**  
**Kaawatzki, Meisterringer von Polen** (Gewinner der Welt-Meisterschaft 1914, Düsseldorf)  
**Elliot, Meisterringer der Schweiz**  
**Hoffmann, Meisterringer v. Westpreußen**  
**Rotenfusser, Meisterring v. Steyermark**  
**Heidt, Meisterringer v. Schleswig-Holstein**  
**Winzer, Meisterringer von Hamburg.**  
 Dazu vor den Ringkämpfen:  
**Grosse Spezialitäten-Vorstellung**  
 Vorverkauf: Verkehrskasse Holstenhaus, Zigarrenhandlung Röhricht, Holstenstraße 21 und an der Theaterkasse.  
 Näheres die Plakate. (3868)

**Brauerei zur Walkmühle**  
**Hansa-Brauerei A. G.**  
 Lübeck.  
**Trinkt Lübecker Vereins-Brau**

**Bavaria-Brauerei**  
 Hamburg-Altona  
 Niederlage Lübeck  
 Lindenstr. 50a Tel. Nr. 474  
**Heinrich Waller**  
 Breitestrad  
 Herren-Wäsche, Krawatten, Unterzeuge, Hüte, Schuhe etc.

**Praktischer Wegweiser**  
 Reichhaltigste, empfehlensw. Geschäfte Zergl. Beachtung  
 = Fach-Angebot = = empfohlen = =  
**Brauereien**  
 Die Klare der **Schlößerei Kiel** werden überall bevorzugt.  
**Welsch**  
**Wilhelm Rabfolt**  
 Wakenitzstr. 113 Telefon 657  
 vorzügliche Bezugsquelle für diversen Weisen u. Spirituosen  
**Zigarrenhandlungen**  
**Jan Borch** Holstenstr. 2 Ecke Schmeibud.  
**Fein- und Wurstwaren**  
**Julius Schober**  
 feinste Wurstwaren  
 Große Burgstr. 56

**Thüringer Wurstfabrik**  
**Augustscheere**  
 G. m. b. H.  
 liefert das Feinste in allen Warenarten.  
**Lederhandlungen**  
**Carl Rohde** Hundestr. 64  
 Schmeibud., Bedarfsartikel  
 Pelz-Parabell  
**Karl Schiller** Glandorpstraße 7  
 Schmeibud. u. umgeben

**Kenner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu**  
 Aktienbrauerei Lübeck  
**Enten Mows-Mühle, Mühlenfabrikate**  
 Ratzeburg  
**Ratzeburger Aktien-Brauerei**

## Um die Einberufung des Hauptauschusses.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ glaubt bestimmt versichern zu können, daß maßgebende parlamentarische Kreise der Anregung, den Hauptauschuß zu berufen, durchaus fernstehen. Das Blatt bemerkt dazu:

Man wird auch außerhalb der parlamentarischen Kreise, im deutschen Volke, diese Abneigung aus vollem Herzen teilen. Bei allem Respekt vor dem Reichstag und vor den Befugnissen, die er sich während des Krieges zu seinen in der Reichsverfassung begründeten Rechten noch errungen hat, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß bei uns die Reichsregierung die politischen Geschäfte verantwortlich zu führen hat. Wie der Reichstag oder seine Mehrheit oder deren einzelne Bestandteile über die Lösung der Offfragen denken, ist nachgerade wirklich kein Geheimnis mehr, ebenso steht es fest, daß der Kanzler bereit ist, nach Möglichkeit auf diese Ansichten und Stimmungen bei den zu fassenden Beschlüssen Rücksicht zu nehmen. Mehr kann der Reichstag nicht verlangen, und mehr wird er nicht erreichen. Es bedarf also keiner abermaligen Bemühung des Hauptauschusses. Daß seine Einberufung gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt dagegen aus anderen Gründen im höchsten Grade unerwünscht sein würde, liegt auf der Hand. Man darf deshalb der bestimmten Hoffnung Ausdruck verleihen, daß es bis auf weiteres bei der ablehnenden Haltung unserer maßgebenden Parlamentarier in dieser Frage sein Bewenden behalten wird.

Auf die Abneigung der dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ nahe stehenden Kreise gegen den Zusammentritt des Hauptauschusses kommt es nicht an. Der Hauptauschuß ist auch gar nicht darauf angewiesen, zu warten, bis er etwa von der Regierung einberufen wird. Er ist vielmehr befugt, aus eigener Machtvollkommenheit zusammenzutreten. Praktisch wird sich das so abspielen, daß der Vorsitzende, Hg. G. B. e. r. t., mit den Parteiführern in Verbindung tritt und dann den Ausschuß beruft, wenn sich eine Mehrheit dafür erklärt hat. Auf die Sonderwünsche der Annexionisten und ihrer Trabanten kommt es dabei nicht an. Jedenfalls muß verhindert werden, daß der Reichstag vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

Die „Germania“ schreibt zur Frage der Einberufung des Hauptauschusses:

„Die Forderung ist verständlich, daß sich der Hauptauschuß des jetzt vertagten Reichstages bald mit den Fragen befassen möge, die ansehend jetzt im Hauptquartier der Entscheidung nahe geführt werden. Wir können es auch verstehen, daß der Ausschuß den Wunsch hat, sich über die übrigen Fragen, die sich aus dem Verhältnis Deutschlands zu Rußland ergeben, auszusprechen. Erwartet werden muß aber freilich, daß er, sollte er über kurz oder lang zusammentreten, mehr als zuvor Bedacht darauf nimmt, daß durch seine Beratungen die innen- und außenpolitische Lage nicht noch mehr erschwert und jede Beunruhigung des Volkes vermieden wird.“

Der Vorstand der nationalliberalen Reichstagsfraktion war am Mittwoch zu einer Sitzung versammelt, in der er sich höchstwahrscheinlich auch mit dieser Frage befaßt hat.

## Albdeutsche Prophezeiungen.

Von H. v. Gerlach.

Es war um die Wende des Jahres 1916. Die Frage des zu verschärfenden U-Boot-Krieges und seiner politischen Wirkungen beschäftigte die politischen Kreise außerordentlich. Innerlich waren die Albdeutschen am Werke. Am eifrigsten wohl Herr B. a. c. m. e. i. s. t. e. r., nationalliberaler Landtagsabgeordneter, Herausgeber des „Großherren Deutschlands“, der fleißigste Agitator der Annexionisten. Allenfalls sucht er die kleinen, vertrauten Kreise, durch die die Albdeutschen in Ermangelung des ihnen nicht zur Verfügung stehenden „Volkes“ ihre Politik zu machen pflegen, im Sinne des von ihm erstrebten Zieles, scharf zu machen. Er behandelte in seinen Referaten 6 Punkte:

1. Die Vereinigten Staaten blühen nur, sie werden uns nie den Krieg erklären.
2. Wenn sie den Krieg wirklich erklären sollten, so würden sie keine Truppen nach Europa schicken, da ihre Rüstung nur gegen Japan bestimmt sei.

## Am Abgrund.

Kriminalroman von Natalie S. Lincoln.

18. Fortsetzung.

Hauptmann Gurley stieß ungeduldig das gebrechliche Tor auf und betrat mit stürzenden Schritten und rasendem Säbel den Weg, der zum Hause der Familie Page führte. Das weitaufgesehene, alte Gebäude mit seinen schiefen Fensterrahmen und dem abbröckelnden Fuß legte beredtes Zeugnis von dem Vermögensverfall seines Eigentümers ab.

Der alte schwarze Diener meldete, daß Fräulein Page den Herrn Hauptmann bitte, im Salon zu warten, Fräulein Kelly würde sogleich herunterkommen. Als diese endlich erschien, war sie bereits zum Ausgehen gekleidet.

„Glauben Sie, daß es mir gestattet wird, ein Telegramm abzuschicken, John?“ fragte sie nach einigen beglückenden Worten.

„Ich weiß es nicht, Kelly, denn Oberst Smith ist sehr genau. Aber ich will ihn deshalb fragen. Ist es denn sehr wichtig?“

„Meine Tante hat soeben erfahren, daß das Haus ihrer Cousine, Frau Green, bis auf den Grund niedergebrannt ist, sie somit heimlos wurde; und Tante möchte ihr nun gern telegraphieren, sie solle zu uns kommen, wir kehren nach Washington zurück.“

Gurley war betroffen. „Tun Sie mir das doch nicht an, Kelly! Frau Green tut mir ja sehr leid, aber können Ihre Diener nicht ebenso gut für sie sorgen?“

„Frau Green ist fränklich, und wir fürchten, daß der Schreck über das Unglück ihr ernstlich geschadet hat; Tante möchte sie auch sonst noch unterstützen, falls sie weitere Verluste erlitten haben sollte.“

„So will ich Sie begleiten, Kelly, und zusehen, daß Ihre Depesche sofort abgehandelt wird. Aber ich nenne das wirklich Bed.“ murrte Gurley. „Ich habe Sie ja kaum zu sehen bekommen, denn immer sind Sie mit Bob zusammen.“

„Und lese ihm vor,“ ergänzte Kelly. Sie hatten das Haus verlassen und bogen nun in die Hauptstraße der Stadt ein. „Das ist doch das wenigste, was ich für ihn tun kann, wenn ich bedenke, daß er meinetzwegen verwundet wurde.“

„Ich wollte nur, ich wäre durch das Losgehen jener Pistole erblindet!“ rief Gurley bitter aus. „Dann dürfte ich mich wenigstens auch vielleicht einmal Ihrer Gesellschaft erfreuen.“

„Schämen Sie sich, John!“ Kelly sah ihn entrüstet an. „Glauben Sie, daß ich die Gesellschaft irgend eines Menschen für seine vernichtete Laufbahn erwünschten kann? Wähten Sie für Ihr ganzes Leben zur Abhängigkeit von anderen verurteilt sein und den Rest Ihrer Tage in Finsternis zubringen?“

3. Wenn sie wirklich Truppen herüberschicken würden, so würden unsere U-Boote sie versenken.
4. Der Kanal zwischen Frankreich und England wird durch unsere U-Boote gesperrt, so daß keine Transporte mehr nach Frankreich herüberkommen.
5. England wird ausgehungert.
6. Durch unsere entschiedene Haltung gegenüber Amerika werden wir den anderen Neutralen so imponieren, daß sie auf unsere Seite treten.

Also ließ sich vernehmen, Herr Bacmeister, den diejenigen seiner politischen Bekannten, die ihn nicht näher kennen, für eine Art politischer Zeugsche halten.

Es hieß die Wirkung der Bacmeister'schen Prophezeiungen mindern, wenn man auch nur ein Wort der Kritik daran knüpfte.

Herr Bacmeister selbst läßt sich nicht verblüffen. Es gibt Leute, die, wenn sie einmal mit einer Prophezeiung gründlich hereingefallen sind, fluggenau auf ein so unklügeres Gewerbe zu verzichten. Zu ihnen gehört der alldoische Vorkämpfer nicht. Als der Sommer 1917 herangekommen war, da hatte er sich nur mit seinen Prophezeiungen „umgestellt“. Da verkündete er in öffentlichen Versammlungen (z. B. in Saarbrücken), daß „nach tatsächlicher, mathematischer Berechnung“ der Krieg Januar-Februar 1918 zu Ende sein werde.

Der Winter 1918 ist vorübergegangen. Die alldoische „Mathematik“ des Herrn Bacmeister hat sich als eine Wissenschaft erwiesen, würdiger der Goldmacherei der alten Alchimisten. Mit welchen Prophezeiungen jetzt Herr Bacmeister hauffieren acht, weiß ich leider nicht. Ich sehe nur aus seiner „Bergisch-Märkischen Zeitung“, daß er dort durch Herrn Paul Boeddinghaus den „heiligen Haß“ predigen läßt. Nicht etwa den gegen die falschen Propheten diesseits und jenseits der Grenzen, die so unendlich viel zur Verlängerung des unheiligen Krieges beigetragen haben, sondern natürlich gegen England.

Der Fall des Herrn Bacmeister ist typisch. Rühmend haben Deutsche oft die Deutschen als das Volk der „Denker und Dichter“ gepriesen. Ich muß gestehen, daß ich den Eindruck habe, als ob seit dem 4. August 1914 das „Dichten“ bei allzu viel Leuten die Oberhand über das Denken gewonnen habe.

Als ich, der ich ja den Kriegsausbruch im Auslande erleben mußte, Mitte August 1914 nach Berlin zurückkehrte, da war ich erschrocken über die Geistesverfassung, die sich bei uns zu zeigen begann. Ich sah zwei Monate vorher als durchaus normale Verdandmenschen verlassene Leute. Die dichterische Phantasie überwucherte völlig den Denksproß. Alles wurde geglaubt, alles für möglich gehalten. Allen Ernstes sprachen sonst ernsthafte Menschen davon, daß man bis Weihnachten das feierliche Ende des Krieges erleben dürfte. Wer auch nur bescheidene Bedenken vorzubringen wagte, galt als Mensch, bei dem nur das eine zweifelhaft sein konnte, nämlich ob seine Intelligenz nicht etwa noch geringer als seine Vaterlandsliebe.

Kriegsjahr auf Kriegsjahr ist vergangen. Viele Leute sind wieder zur Besinnung gekommen. Aber noch immer spielt die Phantasie eine unheimliche Rolle.

Am 21. September 1917 wurde die Deutsche Vaterlandspartei in Erfurt eingeführt. Redakteur Leo Oppermann hielt das einleitende Referat und erklärte:

„Daß die Abderringung Englands in naher Zeit möglich ist, dafür sorgen mit wachsenden Erfolgen unsere U-Boote. Amerika hingegen wird durch sein gespanntes Verhältnis zu Japan abgehalten, seinen Verbündeten Hilfe leisten zu können. Daher die Friedenssicherheit unserer Feinde, besonders Englands, das bereits keine Fühler ausstreckt, und die Möglichkeit eines nahen, ehrenvollen deutschen Friedens, der uns Sicherung unserer Grenzen und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit verleiht.“

Am Anstich an dieses Referat forderte der Oberbürgermeister von Erfurt, Dr. Schmidt, in flammenden Worten zum Beitritt zur Vaterlandspartei auf, nachdem er ausgeführt hatte:

Niemand soll die Hoffnung sinken lassen, denn der Friede ist näher, als mancher ahnt. Nur noch die letzten 100 Schritte zum Gipfel gilt es zu erklimmen!

Ich weiß nicht, was Herr Oberbürgermeister Dr. Schmidt unter „100 Schritten“ versteht. Ich weiß ebensowenig, was Reichssekretär Graf Rödern sich dachte, als er Ende März im Reichstag erklärte, wir näherten uns „der letzten Viertelstunde des Krieges“. Wohl weiß ich, daß, wenn in der Bibel von 7 Schöpfungstagen die Rede ist, jeder moderne Theologe einem ausdauernden, der Tag der Bibel sei nicht etwa in dem Sinne des bürgerlichen Zeitmaßes zu verstehen. Er sei nur ein biblischer Ausdruck für einen ungeheuren Zeitraum. Mag sein, daß auch die prophetischen Redner ähnlich frei denken, wenn sie so

bestimmte Zeit- und Raumbezeichnungen wählen. Aber ich fürchte, daß ihre Zuhörer die Ziffern etwas wörtlicher nehmen.

Ich fürchte! Denn nichts hatte ich für verhängnisvoller, als wenn immer nur Illusionen gemeldet und dadurch immer härtere Enttäuschungen hervorgerufen werden.

Herr v. Seydebrand ist sicher einer der verhängnisvollsten Politiker Deutschlands. Aber niemand, auch sein wildster Gegner nicht, wird dem konservativen Führer abstreiten, daß er eine ebenso ehrliche wie ernst zu nehmende Persönlichkeit sei.

Die Herr v. Seydebrand nun erklärte am 10. Juni 1917 in Trebnitz, der Hauptstadt seines Wahlkreises, in öffentlicher Rede:

„Als ich vor kurzem Gelegenheit hatte, mit einem Abmiral zu sprechen, stellte ich ihm die Frage, ob es möglich sein wird, daß der Krieg mit einem vollen Siege für uns ende, ob er wirklich glaube, daß wir mit unserem U-Boot-Krieg es machen werden. Da antwortete er nur: Wir hoffen, ja wir sind überzeugt, daß in längstens zwei Monaten der Zustand der Engländer so sein wird, daß England am Ende ist.“

Ein Jahr ist verfloßen, seitdem der Fälligkeitstermin der auf die Admiralsautorität gestützten Prophezeiung Herdebrands vorüber ist. Und das deutsche Volk sieht, daß es mit dieser Prophezeiung gegangen ist wie mit den ungeschickten alldoischen Prophezeiungen, daß Amerikas Eintritt in den Krieg für uns gar nichts zu bedeuten habe.

Trotzdem hört das Prophezeien nicht auf. Noch in diesem Frühjahr erklärte ja eine an so exponierter Stelle befindliche Persönlichkeit wie Graf Hertling, er sei Optimist genug, um noch für 1918 das Ende des Krieges zu erwarten.

Wenn doch die geehrten Herren alle endlich einmal auf das Prophezeien verzichten wollten! Es kommt wirklich nichts dabei heraus.

Lassen wir endlich das Prophezeien! Arbeiten wir lieber ausschließlich getreu dem Wahrspruch, das Herrn v. Kühnemann sein Amt kostete, an jener dauernden Verständigung der Völker, die die Mission der Völker durch den Bund der Nationen, das Betrüben durch die Abüstung, das Auftreten durch das Recht ersetzt. („Welt am Montag.“)

## Belgien — eine Gabe der Vorsehung an Deutschland!

Zu welchen Mitteln die Vaterlandspartei greift, um für ihre Annexionswünsche Propaganda zu machen, lehrt ein Flugblatt, das der Niederländisch-westfälische Landesverein der Vaterlandspartei von Dortmund aus verbreitet, das angeblich von einem Fabrikarbeiter Karl Heimann in Hörde herausgegeben wurde, um, wie die ganze Abfassung des Flugblattes zeigt, namentlich die Arbeiter für die Vaterlandspartei einzufangen. In diesem Flugblatt, das in einer Verammlung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland in Hervert-Dorsten eine nur zu berechtigte Kritik erfahren hat, heißt es wörtlich:

„Was ist nicht schon alles über Belgien geschrieben und gesprochen worden. Wenn wir in der Geschichte suchen, dann finden wir, daß derselbe Fall schon von Tausenden von Jahren bagewesen ist und weil in diesem Fall der Wille der Vorsehung so schon klargestellt ist, bitte ich den lieben Leser in der Bibel 5. Moses 22—26 nachzulesen. Warum mußte der König Sihon sich weigern, die Kinder Israel durch sein Land ziehen zu lassen? Warum mußte er seine Heere den Kindern Israel in den Weg stellen? Die Antwort gibt uns der 30. Vers: weil Land und Volk in die Hände der Israeliten kommen sollte, darum mußte der König Sihon den Kindern Israel dem Durchzug verweigern. Liegt unser Fall in Belgien nicht gerade so?“

Wo nun wissen wir's endlich! Belgien hat im August 1914 darum unseren deutschen Truppen den Durchzug verweigert, weil die Vorsehung Belgien als Best für Deutschland bestimmt hatte. In dem Flugblatt steht noch ausdrücklich: „Lassen wir uns gesagt sein, nichts in der Welt kommt von ungeheuer, alles hat seinen Zweck, auch dieser Krieg.“ So geschmacklos für jeden religiös denkenden Menschen es ist, eine solche noch dazu ganz willkürliche Ausdeutung einer Bibelstelle wie diese zu politischen Zwecken, hier zu den Eroberungszielen der Vaterlandspartei, zu finden — so zeigt dieses Flugblatt andererseits mit erschütternder Deutlichkeit, daß die Vaterlandspartei jetzt augenscheinlich selbst daran verzweifelt, noch mit politischen und militärischen Gründen für die Annexion Belgiens werben zu können. Sie greift

„Es muß schrecklich sein,“ gab Gurley reuevoll zu; „ich sprach eben recht gedankenlos, Kelly. Hat der Arzt Hoffnung, daß Bob jemals sein Augenlicht wiedererlangt?“

„Er hat ihm geraten, sich von Dr. Boyd untersuchen zu lassen, und wahrscheinlich wird er sich bald nach Washington in dessen Behandlung begeben.“

„Ich hoffe aufrichtig auf seine völlige Genesung,“ versetzte Gurley ernst. „Kelly, können Sie nicht wenigstens noch bis zur Fuchsjagd dableiben? Alles ist schon vorbereitet, und es verspricht, sehr interessant zu werden. Bleiben Sie doch noch bis zum März hier!“

„Ich täte es sehr gern, John, doch fürchte ich, es ist leider ausgeschlossen.“

Sie waren vor dem Hause angelangt, in dem das Feld-Telegraphenamt untergebracht war und der Posten gestattet ihnen den Eintritt, nachdem er den Hauptmann erkannt hatte. Dann führte Gurley Kelly in das Dienzimmer.

Das Mädchen überblickte rasch die schalen Wände, die abgemauerten Möbel und die Telegraphenapparate. Ein halbes Duzend Männer befand sich in dem Zimmer, die ihre Köpfe angesetzt und die Hüte abgenommen, als sie eine Dame vor sich sahen. Das letzte Kelly etwas in Verlegenheit. Doch Gurley half ihr und trug ihr Anliegen einem großen, grauhäutigen Offizier vor, der am Dienleuchte und ihr bei Nennung von Fräulein McCoacas Namen warm die Hand schüttelte. Er bemerkte, er kenne die Dame ja bereits, und hörte hierauf aufmerksam Kellys nähere Erklärungen an.

„Sobald die Drähte frei sind, soll Ihre Depesche abgehandelt werden, gnädiges Fräulein,“ sagte er. „Bitte, nehmen Sie Platz. Hier ist Tinte und Papier, um mit Mäße Ihr Telegramm aufzusetzen.“

„Ich danke Ihnen, Herr Oberst.“ Kelly neigte ihren Kopf gegen die Herren, die ihr Platz machten, und setzte sich. Erst schrieb sie die augenblickliche Adresse von Frau Green in Washington auf und dachte dann einen Augenblick nach, während sie mit dem Federhalter spielte. Unaufrichtig tätierte die Apparate. Fein unbewußt horchte sie auf den ihr zunächst befindlichen. Der Offizier schien zunächst etwas zögernd die Depesche herüberzutelegraphieren, dann aber arbeitete der Apparat ohne zu stoßen, und unter Herzklappen wurde sich das Mädchen dessen bewußt, daß sie eine Botenschaft von höchster Bedeutung mit derselben Leichtigkeit ablas wie der Beamte, der das Telegramm in Empfang nahm. Ihre früheren Unterhaltungen im Kriegsministerium zu Richmond waren also nicht umsonst gewesen.

Nur mit Mühe beherrschte sie sich äußerlich und blieb mit unbeweglichem Gesicht sitzen. Dann hörte der Apparat zu ticken auf

und die Depesche wurde einer wartenden Ordonanz übergeben. Kelly schrieb nun rasch einige Worte auf ein Stück Papier und unterzeichnete im Namen ihrer Tante; alsdann erhob sie sich.

Inzwischen hatten der Oberst und Gurley sich in eine Unterhaltung verließ; jetzt traten sie wieder zu ihr.

„Ich hoffe, daß das Telegramm nicht zu lang ist,“ bemerkte sie und überreichte dem Oberst das Papier. „Ich gab mir Mühe, so viel wie möglich zu fassen.“

Nachmals gab ihr der höfliche Offizier die Versicherung, daß alles aufs beste besorgt werden würde, trug ihr Grüße für ihre Tante auf und begleitete sie bis an die Tür.

Auf der Straße fragte Gurley: „Wollen Sie mich zu Oberst Edward begleiten, Kelly? Ich habe etwas mit ihm zu besprechen.“

„Gewiß, gern.“

„Dann bitte, hier. Haben Sie Hauptmann Lloyd noch manchmal gesehen?“

„Nein —“ Kelly war im Innern sehr froh darüber. „Warum?“

„Er hat eine entfernte Ähnlichkeit mit jemandem, den ich früher gekannt habe, auf dessen Namen ich mich aber durchaus nicht besinnen kann. Es kommt mir auch so vor, als ob er mir auswüde.“

In diesem Augenblick kam ihnen ein ärmlich gekleideter Mensch in schlotteriger Haltung entgegen; als er bemerkte, daß sie vorüber zu lassen, richtete er sich etwas auf und sah dem Mädchen gerade ins Gesicht. Sie erbleichte.

„Was meinen Sie, Kelly?“ fragte Gurley, der die belebte Straße hinabgeblüht hatte.

Sie mußte ihren trockenen Lippen mit der Zunge befeuchten, ehe sie antworten konnte.

„Wichtig! Kann Ihnen Herr Major Goddard Auskunft geben, er und Lloyd scheinen ja gute Freunde zu sein.“

„Richtig, das ist ein guter Gedanke.“

Sie waren inzwischen an dem alten Hause angekommen, wo der Oberst Edwards Quartier genommen hatte. Gurley führte Kelly durch die Halle in ein Seitenzimmer und bemerkte, daß sie dort ungestört auf ihn warten könne, er würde bald zurückkehren. Dann entfernte er sich, sorgfältig die Tür hinter sich schließend.

Kelly ging ans Fenster und sah auf die Straße hinaus. Vor dem Hause stand jener Fremde in den schäbigen Kleidern und sprach mit dem wachhabenden Unteroffizier, dem er ein beschnittenes Papier vorzeigte. Darauf wurde ihm bedeutet, daß er eintrat.

Fortsetzung folgt.

hatt dessen zu den hier dargelegten Mittelgeleit. Für wie gering schätzte aber muß die Vaterlandspartei die deutsche Arbeitererschaft halten, daß sie mit solchen kindlich naiven Spekulationen an sie heranzutreten wagt! Dieses Flugblatt ist geradezu ein vernichtendes Dokument für die Volkstrenntheit einer Partei, die sich mit dem Namen des Vaterlandes schmückt.

### Das vornehme Unternehmerblatt.

Ein Denunziationsstück der „Rheinisch-westfälischen Zeitung“. Eine denunziatorische Hochleistung hat das Essener Blatt der Rheinisch-westfälischen Schwerindustrie zuwege gebracht. Wegen bekannter Vorgänge auf einer Berliner Kriegsbeschädigtenversammlung habe vor einiger Zeit das Oberkommando in den Marken dem Genossen Kuttner jede Tätigkeit für den von ihm mitbegründeten „Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer“ untersagt. Gleich darauf setzte der alldeutsche Seite eine systematische Verleumdungskampagne gegen den Gemäßigten ein, dem u. a. nachgelagt wurde, er habe die Gelder zur Gründung des Reichsbundes von russischen Bolschewisten (!) erhalten. Eine Variante dieser Behauptung brachte auch die „Rheinisch-westfälische Zeitung“, worauf ihr Kuttner eine prägnante schriftliche Berichtigung zuschickte. Aus Wut darüber, daß es diese abdrucken mußte, verlor das Unternehmerblatt den Abdruck mit dem denunziatorischen Hinweis. Kuttner habe durch die Einfindung der Berichtigung gegen das ihm vom Oberkommando in den Marken auferlegte Verbot verstoßen. Offenbar hatte die „R.-W.-Z.“ geglaubt, im Schutze des Verbotes un wider sprachen zu können.

Bei dieser einen Denunziation, die zunächst keine Folgen hatte, blieb es jedoch nicht. Die „R.-W.-Z.“ hatte nämlich zu der Veröffentlichung der Berichtigung, daß der Reichsbund von keiner Seite finanzielle Unterstützung erhalten habe, aberhand zweifelhafte Zusätze gemacht, die in dem Schlusse gipfelten, an ihrer ursprünglichen Behauptung müsse doch etwas Richtiges sein. Das veranlaßte Kuttner zur Einfindung einer zweiten Berichtigung. Diese erschien jedoch nicht im Druck. Dafür erhielt ihr Einleger dieser Tage eine Vorladung auf das Berliner Polizeipräsidium. Dort wurde ihm eröffnet, er sei angeklagt, gegen das Verbot des Oberkommandos in den Marken verstoßen zu haben, und als Beweisstück wird ihm vorgelegt — das Original eben seiner an die „Rheinisch-westfälische Zeitung“ gesandten Berichtigung. Wohlgerichtet, die Berichtigung ist niemals der Öffentlichkeit bekannt geworden, ihr Original aber liegt bei den Akten des Oberkommandos in den Marken! Wie es dort hingekommen ist, dafür gibt es nur eine Möglichkeit.

Die gebührende Bezeichnung für die Handlungsweise der „Rheinisch-westfälischen Zeitung“ zu finden, überlassen wir unseren Lesern. Eine Erklärung findet sich vielleicht darin, daß das schwerindustrielle Organ nicht ein hartes Interesse zur Sache hat. Einer ihrer Redakteure, Herr Schneider, ist nämlich Vorstandsmitglied des gelben Essener Kriegsbeschädigtenverbandes, der sein Leben von den Geldern der Firma Krupp und anderer Schwerindustrieller leitet. Wer die Kampfweise dieses gelben Verbandes kennt, wundert sich über nichts.

### Nisis Tagebuch.

Das Organ der Sowjet-Regierung, die „Iswestija“, beginnt am 9. August mit der Veröffentlichung des Tagebuches Molotows II. Das Präsidium des allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitees hat eine besondere Kommission eingesetzt zur Durchsicht und Veröffentlichung der Tagebücher und des anderen beim Zaren gefundenen Materials. In erster Reihe werden diejenigen Teile des Tagebuches veröffentlicht, die augensichtlich das größte Interesse beanspruchen.

Von dem Nikolai II. handschriftlich gemachten Eintragungen, aus den ersten Tagen der Revolution im März 1917, werden die Aufzeichnungen aus der Zeit der Revolution des Jahres 1905 folgen, sodann die aus dem russisch-japanischen Krieg und dem gegenwärtigen Weltkrieg. Gleichzeitig mit dem Druck der Tagebücher wird die Veröffentlichung von Auszügen in den „Iswestija“ und in der „Pravda“ erfolgen. Die Kommission ist im Besitze von Tagebüchern seit dem 1. Januar 1882. Nikolai II. hat seine Aufzeichnungen durch 36 Jahre hindurch tagtäglich und lückenlos geführt. Ausgenommen sind nur die seltenen Fälle schwerer Erkrankungen. Es werden in folgendem die Tagebuchblätter aus den letzten Tagen der Herrschaft des Zaren mitgeteilt:

Sonntag, 11. März 1917. Im kaiserlichen Hauptquartier (Mojilow), 10 Uhr vormittags zur Messe gegangen. Hieran Heiterer angehöret. Beim Frühstück viele Leute, darunter alle anwesenden Ausländer. Brief an Alice (die Zarin Alexandra Fedorowna) geschrieben, hierauf ausgefahren an der Bahnhöfliche Chaussee bis zur Kapelle, dort in Kutschen gegangen. Heiterer klar und frohlich. Nach dem Tee gelacht. Den Senator Tregubow empfangen bis zum Abendessen. Abends Domino gespielt.

Montag, 12. März 1917. In Petrograd haben seit einigen Tagen Unruhen begonnen. Leider haben Truppen daran teilgenommen. Abhängiges Gefühl, so weit weg zu sein und nur abgerissene ungenügende Nachrichten zu erhalten. Kurzes Heiterer angehöret. Spaziergang auf der Straße nach Orlow. Heiterer war sonnig. Nach dem Mittagessen befehle, nach Jaroslaje Solo zu fahren. Ein Uhr nichts in den Zug eingestiegen.

Dienstag, 13. März 1917. 3/4 Uhr schlafen gelegt. In lange Unterredung mit Iwanow gehet. Den mit Truppen nach Petrograd schickte, um Ordnung zu machen. Bis 10 Uhr geschlafen. Von Mojilow ab um 5 Uhr morgens. Heiterer frohlich und sonnig. Ganzen Tag durchgefahren über Wjasma. Abends, Wjasma um 9 Uhr angekommen.

Mittwoch, 14. März 1917. Nachts umgekehrt von Station Wjasma, da Iwanow und Iwanow von Kutschan-Willen befehle waren. Jahr über Waldai, Dna, Pjlow, wo über Nacht blieb. Tag heiterlich. Er, Danilow und Semilich sprachen mit mir. Gattina und Olga gleichfalls von Umständen sehr befehle. Schmach und Schande. Weiterfahrt nach Jaroslaje Solo gelang nicht. Und Gedanken und Gefühle doch die ganze Zeit dort. Wie schwer muß es der armen Alice sein, diese Ereignisse allein zu erleben. Herrgott, hilf uns!

Donnerstag, 15. März 1917. Morgens kam Michail und las keine lange Unterredung vor, die er telephonisch mit Rodzkojew gehabt hat. Nach seiner Meinung die Lage in Petrograd so, daß jetzt ein Ministerium aus der Duma machtes wäre, irgend etwas zu tun, da die sozialdemokratische Partei, im Arbeiterloster verlor, dagegen ankommt. Keine Abhandlung notwendig. Michail übergebe dieses Gespräch weiter ins Hauptquartier, und Metzger gab es den Armeeoberkommandos weiter. 11 Uhr mittags kamen von allen Anwesenden: ihr wesentlicher Inhalt, daß im Rahmen der Rettung Russlands, und um die Armee an der Front in Ruhe zu erhalten, die Entschädigung zu diesem Schritt (der Abdankung) notwendig ist. Ich stimmte zu. Aus dem Hauptquartier landete in einen Entwurf zum Manifest (der Abdankung). Abends aus Petrograd Gattinow und Schagin gekommen, mit denen ich Unterredung hatte, und denen ich das unersiehliche und ungenügende Manifest übergab. Ein Uhr nichts von Pjlow abgereist, mit dem kaiserlichen Gefolge des Erbkönigs. Kingsow Berrai, Feigheit, Petrus.

Nach seiner Abdankung konnte Nisi das Schicksal Jaroslaje Solo in Petroburg erzählen. Dort blieb er als Gefangener der Revolution, bis er erst Monate später nach Sibirien transportiert wurde. Dort hat er als indirektes Opfer der gegenrevolutionären Umwälzungen am 16. Juli sein Leben beendet.

### Ein Mustervertrag für Angestellte.

Wie notwendig der Zusammenschluß der kaufmännischen und industriellen Angestellten zu einer einheitlichen, kräftigen Organisation ist, um sich mit Erfolg der ihnen angelegten Fesseln zu entledigen, ist aus einer Reihe von Vorarbeiten namentlich der letzten Zeit dargelegt worden. Nur erinnert sei an das vor Monaten auch im Reichstage erwähnte Geheimabkommen der 19 Berliner Industrielapitäne, wodurch die bei diesen Firmen beschäftigten Angestellten in ein unerträgliches Angestelltenverhältnis gebracht wurden. Unter den 19 Firmen war feinerzeit auch die bekannte Berliner Firma Karl Flohr vertreten, die neuerdings ihren Neuanstellenden einen Arbeitsvertrag vorlegt, der ein recht eigenartiges Licht auf das berühmte Vertrauensverhältnis zwischen Angestellten und Firma wirft.

Nach dem Vertrag, der dem neuen Angestellten zur Unterschrift vorgelegt wird, bedarf jede die Arbeitskraft der Angestellten befallende Nebenbeschäftigung, mag sie gegen Entgelt oder unentgeltlich ausgeübt werden, der schriftlichen Genehmigung der Firma. Sonntagsarbeit soll zwar nach Möglichkeit vermieden werden, indes behält sich die Firma vor, wenn nötig auch Sonntagsarbeit in der geleglich zugelassenen Frist zu beanspruchen, ebenso wie an Werktagen bei Arbeitshäufung Überstunden, ohne daß sie besonders bezahlt werden. Urlaub wird im ersten Kalenderjahr, wenn der Dienstantritt vor dem 1. Juli erfolgte, für vier Arbeitstage bewilligt. Vom zweiten Kalenderjahr an werden sechs Urlaubstage gewährt. Falls der Angestellte während der Dauer der Beschäftigung bei der Firma eine Erfindung macht, so gehört dieselbe, soweit die Erfindung in den Rahmen der Spezialitäten des Geschäftes fällt, der Firma.

Bei eintretender Krankheit scheidet sich die Firma das Recht auf Nachweisung eines ärztlichen Attestes; auch ist die Firma berechtigt, auf Kosten der Angestellten durch dessen Vertrauensarzt die Arbeitsunfähigkeit wie auch die Krankheit feststellen zu lassen.

Schon diese aus den elf Paragraphen umfassenden Arbeitsbedingungen herausgegriffenen Bestimmungen zeigen deutlich, daß es sich hier um einen einseitig von der Firma diktierten Vertrag handelt, bei dem das erwartete Vertrauensverhältnis zwischen beiden Kontrahenten von vornherein elend in die Brüche gehen muß. Durch solche Verträge, die sicher auch anderswo bestehen, wird den Angestellten mit aller Deutlichkeit zum Bewußtsein gebracht, daß sie nur in der freien Angestelltenbewegung Schutz und Hilfe erwarten können.

### Aus dem Gerichtssaal.

Verurteilung eines vaterlandslosen Gesellen. Vor der Eiberfelder Strafkammer wurde gestern, Donnerstag, das Urteil der dreitägigen Verhandlung gegen den Generaldirektor der Mannesmann-Waffen- und Munitionswerke, Karl Anton Adels, verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Steuerhinterziehung zu sechs Monaten Gefängnis und 155.200 Mark Geldstrafe verurteilt. In dem Urteil, dessen Verlesung etwa eine Stunde in Anspruch nahm, wurde ausgeführt, daß in der Zeit der größten Not des Vaterlandes Steuerhinterziehungen doppelt verwerflich seien. Es hieße eine Prämie auf jagwürdigen Erwerb aussetzen, würde man nicht fest zugreifen. Von der Gefängnisstrafe werden fünf Monate Untersuchungshaft angerechnet. Der Antrag auf Haftentlassung wurde mit Rücksicht auf die geldlichen Beziehungen des Angeklagten im Auslande abgelehnt. Adels hatte im Auslande einen großen Teil seines hinterzogenen Vermögens angelegt.

### Aus Nah und Fern.

Ein neuer Raubmord in Berlin. Nachdem erst vor wenigen Tagen ein Gastwirt in der Linienstraße einem Raubmord zum Opfer gefallen ist, am Mittwoch nachmittag in der belebten Karlstraße ein Gastwirt hinter seinem Schankstisch ermordet worden. Es liegt Raubmord vor. In der Karlstraße 27 betrieb der 53 Jahre alte, aus Ludenwalde gebürtige Schankwirt Hermann Bennemitz mit Frau und Tochter eine Gastwirtschaft. Mittwoch nachmittag um 3 Minuten nach 3/4 Uhr kam der Pfleger Eugen Schreiber von einer Erziehungsteilung in die Wirtschaft und fand den Wirt in der Nähe des Schankstisches in einer großen Blutlache blutungslos daliegen. Er eilte nach dem gegenüber liegenden Zigarrengeschäft, und von dort wurden die Angehörigen des Webersfallens in ihrer Wohnung an der Ecke der Friedrich- und Fiegelstraße sowie die Polizei des 5. Reviers benachrichtigt. Bennemitz gab noch Lebenszeichen von sich, starb aber gegen Abend, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Die Kriminalpolizei erzielte alsbald, um den Befund aufzunehmen und die Ermittlungen einzuleiten. Der langgestreckte Schankraum, an dem sich hinten die Küche und andere Wirtschaftsräume anschließten, ist etwas dunkel. Im Laufe des Mittwoch vormittags gingen viele Gäste aus und ein. Nach der Mittagszeit wurde es stiller, Frau Bennemitz und ihre Tochter begaben sich deshalb um 1 Uhr nach ihrer Wohnung, und der Mann blieb allein zurück. Zu der Zeit waren nur noch ein Mann und ein junges Mädchen anwesend. Nach den Ermittlungen ist anzunehmen, daß der Mörder nicht lange vor Ausführung des von langer Hand geplanten Verbrechens im Lokal erschienen ist. Er legte sich offenbar in dem Teil des Raumes, der am allerunkleinsten ist, an einen Tisch und bestellte ein Glas Bier. Ein volles Glas Bier stand noch auf diesem Tisch. Wie anzunehmen ist, trank der Mörder das erste Glas aus, bestellte dann noch ein zweites, um eine Gelegenheit zu dem Webersfall zu bekommen, er schlug dann dem Wirt nach, als er das neue Glas brachte, schlug ihm mit einem Leeren Bierglas nieder und verlegte ihm dann noch mehrere Hiebe auf den Kopf. Die Schläge wurden so mächtig geführt, daß das Gehirn bloßgelegt wurde. Als sein Opfer am Boden lag, rief ihm der Mörder die Worte aus und raute aus der inneren Tasche die Friefische, die mehrere Tausend Mark enthielt. Dann verließ er unangefochten und unbemerkt die Wirtschaft und ging davon. Nach den bisherigen Feststellungen hat niemand den Mörder kommen und gehen sehen.

Sabandfälle. Aus Danzig wird dem „Berl. Lok.-Anz.“ gemeldet: Am Seeufer bei Weichselmünde ertranken beim Baden am Montag nachmittag ein 13-jähriges Mädchen aus Danzig und ein 13-jähriger Knabe aus Oranienburg. Drei andere Kinder konnten gerettet werden.

Aus Swinemünde wird berichtet: Im Familienbad von Wisdrow ist der 21-jährige Telegraphengehilfe Erwin Seizert aus Steina ertrunken. Leutnant Edeknig vom Bionierbataillon 24, der ihn zu retten versuchte, ertrank gleichfalls. Drei andere Personen, die bei dem hohen Seeegang gleichfalls in Gefahr schwebten, wurden gerettet. — Bei einer Bootsfahrt bei der Insel Wittenjsee bei Rügen ertranken ein Hotelangestellter von Wittenjsee und ein Landarztmann.

Grubenunglück bei Gleiwitz. Auf dem Westfeld der Königin-Luise-Grube sind, wie der „Oberschlesische Raderer“ meldet, durch Ausströmen von Gasen vier Mann, ein Grubenheizer und drei Arbeiter aus Hindenburg, erstickt. Die Leichen konnten, bis auf den Grubenheizer, bisher noch nicht geborgen werden.

Waldbrand bei Wülfel. Im Bezirk der Amtshauptmannschaft Wülfel sind 32 Wälder bestritten, das sind zwei Drittel der überhaupt bestehenden, auf Anordnung der Reichsamtshauptmannschaft wegen Nichtbeachtung der Vorschriften über das Ausmaß von Selbstvergnügen geschlossen worden.

Abnahme der Käufer... durch Gerichte, die behaupteten, sie hätten den Verkauf aus dem Verkauf der Lebensmittel unter sich geteilt und deshalb vorher die Preise in die Höhe getrieben, haben in Erlangen sämtliche Mitglieder der Lebensmittelkommission, mit Ausnahme des Kommissars Kesselschlag, des Ersten Vorstandes des Gemeindefolkgenusses, ihre Ämter niedergelegt.

Ein „feiner“ Konturs wurde in Schwarzenberg i. S. beendet. Im Konturs der dortigen Firma Heinrich Ernst Kästner kamen auf 1.055.000 Mark Forderungen ganze 6121 Mark zur Schlußverteilung.

Die Entmündigung eines preussischen Prinzen aufgehoben. Wie die „B. Z.“ erfährt, ist die Entmündigung des Prinzen Friedrich Leopold (Sohn) von Preußen aufgehoben. Im Einverständnis mit dem Minister des königlichen Hauses ist die Wiederaufhebung durch einen Antrag des Vormundes des Prinzen in das richterliche Ermessen gestellt. Diesem Antrage ist nun stattgegeben.

Der Herr Pfarrer auch!!! Das „Kasseler Volksblatt“ meldet aus Weiruffeln: Die „Hess. Post“ schrieb vor einigen Tagen, daß ein hiesiger Einwohner zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, weil er für 1 Mark das Stück, für 1 Kilogramm die Bohnen 7 Mark und für 1 Zentner Kartoffeln 20 Mark gefordert hätte. Es wäre recht nett von dem erwähnten Blatte gewesen, wenn es den wackeren Bürger eines Ortes, der so wenig Respekt vor den Höchstpreisen hat, näher beschrieb hätte. Aber freilich: das Amtsorgan hat „Rückfragen“ zu nehmen, und da wir milder zurückfahrend sind, wollen wir verzeihen, daß es unter lieber, guter Pfarrer war, der auf so grausame Weise unter die Räder der Justiz kam.

3 Kinder ertrunken. Bei der großen Hebeschleuse in Werbenbrück bei Osnabrück sind am Sonntag drei Kinder ertrunken, und zwar zwei Kinder des Viehhändlers v. Dreese, der hier zurzeit auf Urlaub weilt (sein einziger Knabe von 12 Jahren und ein Mädchen von 7 Jahren) und ein jähriges Mädchen der Witwe Bruns, in Wehburgs Heuer, deren Mann im Felde gefallen ist.

Ein Bücher- und Schieberdokument ist durch Zufall dem Pirater Anzeiger zur Kenntnis gelangt. Es wurde auf der dortigen Breitenstraße gefunden und dürfte von einem Interessenten verloren worden sein. Es handelt sich um eine Warenofferte. Da werden angeboten: 20 Ladungen echt Oamer Volkstüte (40 Prozent Fettgehalt) ab Duisburg per Bund 750 Mt., 20 Ladungen Gonda Volkstüte, desgl., 200 Zentner Schweizer Schokolade in Tafeln (jeweils 1 Tafel 1 Pfund) ab Berlin das Pfund zu 26,50 Mt., prima aromatisierte Kernseife, 20 Risten, Inhalt 820—880 Stück, ab Dresden (!) (Stück 3,50 Mt.), per Riste 2755,20 Mt. Neben vielen anderen schönen Sachen wird auch empfohlen: Weizenstärke, das Kilogramm ab Berlin zu 19,50 Mt., Wäpsehlerte zu 13,50 Mt. das Kilogramm, rein weißes Paraffin, Pfund 23—24 Mt. (ab Berlin) und endlich als Krone des Ganzen: Wäpsehlerte lieferbar 8 Zentner prima Natur-Paraffin, das Pfund 15,50 Mt. — Es ist also für schweres Geld noch sehr vieles zu haben. Schade, daß die Adresse des schamhaften Schieberhandels nicht angegeben ist. Es fällt übrigens dabei auf, daß unter den Angaben sich Waren befinden, die viel billiger offeriert werden, als sie in dem von gewisser Seite jetzt so viel gerühmten freien Handel zu haben sind. Weizenstärke z. B. das Kilogramm zu 19,50 Mt. (wogu allerdings noch der Transport von Berlin kommt), während im offenen Handel schon vor Monaten das Kilo 40 Mt. kostete. Der gute „freie Handel“ schlägt also auf Schieberware die Menge von 100 Prozent.

Ein verunglückter Spitzhube. Als Ersatz für den jetzt so wenig im Handel befindlichen Alkohol wird in manchen Gegenden, wo man an einen starken Trunk gewohnt ist, zur Schnapszubereitung Aether verwendet. Aether ist daher ebenfalls hoch im Preise gestiegen und in der Folge gleichfalls zu einem begehrlichen Artikel für Spitzhube geworden. Der Gastwirt Konopel in Czestochowa in Oberschlesien hatte noch einen kleinen Vorrat an Aether, den er sorgfältig hütete. In einer der letzten Nächte ging jedoch seine Wirtschaft in Flammen auf, ohne daß man die Brandursache feststellen konnte. Nach einigen Tagen erst bequeme sich der ungewollte Brandstifter, ein Heizer Peter Amiaton, zu einem Geständnis. Er befindet sich zurzeit im Krankenhaus und hatte sich dort mit mehreren großen Brandwunden aufnehmen lassen, mit der Erklärung, er habe sich diese Wunden in seinem Beruf als Heizer geholt. Als man in ihn drang, doch nähere Einzelheiten zu erzählen, wies er aus, gab dann aber der Wahrheit die Ehre. Ihm war erzählt worden, das der Gastwirt Konopel noch Aether im Besitz habe, worauf er beschloß, den gestohlenen Artikel zu beschaffen, für den er schon zu guten Preisen einen Abnehmer hatte. In der Nacht schlich er sich in die Gastwirtschaft ein, begab sich in den Keller und begann die kostbare Flüssigkeit in ein mitgebrachtes Gefäß abzufüllen. Als er fertig war, gedachte er, alles wieder in Ordnung zu bringen und zündete ein Streichholz an, um besser sehen zu können. Daran entzündeten sich die Aetherdämpfe mit einer starken Explosion und brachten dem Eindringler die schweren Brandwunden bei. Mit Not und Mühe gelang es ihm, wenn auch arg verbrannt, sich aus dem Keller zu retten, um sich sofort ins Krankenhaus zu begeben, wo er die Geschichte von den im Beruf erlittenen Verletzungen erzählte. Er wurde im Krankenhaus in Polizeigewalt genommen und dürfte neben den körperlichen Schmerzen noch eine strenge Gerichtsstrafe davon tragen.

Im Paradies der Kriegsgewinner. In Wiener Blättern ist zu lesen: In Wien der gar in einer Großstadt Deutschlands könnte so leicht kein Gasthausbesitzer es wagen, wie in Marienbad für eine aus vier Kartoffeln bestehende Portion 3,20 Mark zu nehmen. Milch verkauft man an die Kurgäste mit 3,20 Mark das Liter, Honig das Kilogramm mit 36 Mark, Schinken das Kilogramm mit 120 Mark, Rindfleisch, Johannisbeeren usw. mit 9 Mark das Kilogramm. Für die Kriegsgewinner kommen diese Phantasiereise nicht in Betracht. Aber das Geschäft der Armen und Armen ist oft beklagenswert, ihr Los ist ein geradezu jammervolles. Die Lebensmittelkarten sind während des ganzen langen Winters so gut wie gar nicht befreit worden. Auf dem Gebiet der Milchlieferung herrschen entsetzliche Zustände, da jede amtliche Kontrolle fehlt. Die Reichen, die Spigen der Bevölkerung schwimmen nahezu in Milch, nach den übrigen fragt niemand, und doch wäre Milch genug für alle. Es ist selbstverständlich, daß die Unbemittelten und der Mittelstand das Kilogramm Butter um 60 bis 90 Mark nicht kaufen können, und von den paar Schillinggramm, die die Bezirkshauptmannschaft nach monatelanger Pause verteilen läßt, kann auch niemand teil werden, da es obensteht weder Brot noch Mehl gibt. Die Hoteliers kaufen alles auf, was die Ware von der Bahn nach Marienbad hereinkommt. Bitte kosten beispielsweise 16 Mark das Kilogramm. Mit dem letzten Ausruf verwindet der letzte Pilz. Man trocknet sie und hebt sie zum bessern Wahren bis zur nächsten Saison auf. Der Handel mit Reis, Mehl und Frühkartoffeln steht in voller Blüte. Man hat jetzt für die notwendige Bevölkerung bei den Ausräuferten Geldsammlungen veranstaltet. Was dabei herauskommen kann, darüber müßte man grimmig lachen, wenn es nicht so sehr zum Weinen wäre.

Eine Kulturakt. In Petersburg wurden dieser Tage eine Reihe von Denkmälern und Büsten von Männern aufgestellt, welche bahnbrechend für die Entwicklung des geistigen Lebens in Russland gemerkt haben: Von besonderem künstlerischen Werte ist eine von Scherwac ausgeführte Büste Raditschinskis, sowie die Büste von Kolesoff und Dobroljuboff. Eine Büste Serjens ist halbfertig. Ein Marxdenkmal aus Bronze wird vor dem Smolnyski-Institut, dem Sitz der Sowjet-Regierung errichtet. Ferner wird an dem Entwurf eines Denkmals für den ermordeten Volkskommissar Wolodarski gearbeitet. Es soll an dem Plaze aufgestellt werden, an welchem Wolodarski ermordet wurde.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Berleger: I. H. Schmach. Druck Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.